

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.

Der Antrag Kaniz in - Portugal.

In Portugal haben sich gegenwärtig andere, noch schwerere Missethände in der Brodversorgung der Bevölkerung herausgestellt als in Italien, wo nur hohe Einfuhrzölle auf Brodorten bestehen. In Portugal besteht bereits seit dem Jahre 1889 eine staatliche Regelung der Weizen-einfuhr, die dem Antrage Kaniz als Muster gebietet hat, ja, auf die bei den Beratungen über diesen Antrag wiederholt verwiesen worden ist. Die Einfuhr von ausländischen Weizen wird dort nämlich von der Regierung nur gestattet, wenn die Preise des einheimischen Weizens durchschnittlich 60 Meis für das Kilogramm (circa 192 Mark pro Tonne) übersteigen, oder sobald die Direction des Centralmarktes für landwirtschaftliche Produkte die Erklärung abgibt, daß kein Angebot von einheimischen Weizen am Markte ist. Aber auch dann wird nur das für den Konsum erforderliche Quantum herein-gelassen, und Jeder, der daraufhin fremden Weizen verwen-den will, muß auch noch vorher nachweisen, daß er doppelt so viel einheimischen Weizen gekauft oder vermachlen hat, als er fremden einführen gewillt ist. Der Zoll beträgt auch dann noch 72 Mark pro Tonne. Aber auch der Konsum-anten nimmt sich der Staat für sorgfältig an.

In haudgesehlichem Widerspruch mit seiner ganzen Tendenz, welche auf die stärkste Kornvertheuerung ausgeht, bestimnt nämlich das Gesetz auch, daß die Regierung durch alle ihr zu Gebote stehenden Mittel einer, sei es durch Mangel an Mehl oder durch mangelhafte Qualität desselben oder durch einen Anstand der Mäher oder durch irgend welche andere Urfache, herbeiführten Brodtheuerung vorzubeugen hat. Zur Erfüllung dieser Aufgabe hat die Regierung es immerhin eines solchen Zwangsmittels nachdrücklich Mittel ergriffen, sie hat amtliche Zangen festgelegt, zu denen Mäher und Wäder ihre Ergänzungs verkaufen müssen.

Wie man sieht, nach den Absichten, welche dem Antrag Kaniz zu Grunde liegen, geradezu eine Zwangsregelung; amtliche Brodtagen sind ja auch längst zur Verhütung der Brodtheuerung von konventioneller Seite gefordert worden. Das portugiesische Volk hat sich denn auch wohl bei dieser Gelegenheit überaus glücklich gefühlt? Das gerade Gegentheil ist eingetreten. Die Weizenpreise sind mislicher und die Preisverwankungen stärker als je, eine tiefergehende Mißstimmung im Lande hat mehrfach Brodrevallen hervorgerufen, die Regierung hat wiederholt zu Ausnahmemaßregeln ihre Zuflucht nehmen müssen. Wiederholt hat sie genöthigt, in sehr großen Ausmaßen die Weizenpreise zu senken. Im Jahre 1895 zum Beispiel eine Einfuhr von 1/2 Millionen Doppelcentner, was mehr als 80 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung ausmacht, während in demselben Jahre die Weizenzufuhr, nach Abzug der Ausfuhr, in Deutschland nur 24 Kilogramm pro Kopf betrug. Gegenwärtig haben sich vollends, wie die Mandeb. Ztg. nach russischen Konjunkturberichten mittheilt, die Mißstände wieder einmal außerordentlich gesteigert.

Der Weizenpreis hat längst die im Gesetz vorgesehene Höchstgrenze überschritten, weil Gustoesser und Getreidehändler — was bei einem solchen System ganz natürlich ist — eine faufliche Preissteigerung zu Wege gebracht haben. Sie beschließen sich daran, daß die Regierung, theils um den Agrarverein Vorzug zu leisten, theils um das hohe Gelddan-geld zu drücken, die Getreidezufuhr vorerst nicht festsetzen werde. Die Mäher und Wäder, die durch die Zagen für ihr Gewerbe gebunden sind, lügen um die ihnen durch die Weizen-theuerung verursachten Verluste durch die Einfuhr von frem-den Stoffe zu dem Mehl auszugleichen. Die Ge-nehmigung zur Weizenzufuhr und die Vertheuerung des Weizenpreises sollen auch endlich von der Regierung vor-bereitet werden. Das Gehalt der Wäder, die Zagen erhöhen zu dürfen, ist dagegen abgelehnt worden; die Leistungsfähigkeit der Militärartillerie, welche die Regierung für die Be-völkerung kaufen lassen will, reicht nicht weit, und so wird denn die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auch ferner

ein durch Beimischung fremder Stoffe verfehlertes Brod essen müssen.

Die hier gemachten Erfahrungen sind noch in einer Hin-sicht besonders lehrreich. Ein System wie das portugiesische kann sich nur halten, so lange Gesetzgebung und Regierung ganz unter agrarischen Einflüsse stehen; ein politischer oder wirtschaftlicher Umsturz wird es fortsetzen. Darum wird aber auch die agrarische Tendenz des Gesetzes durch die Handhabung desselben in streng agrarischem Sinne stets noch verschärft werden. Das System muß gewissermaßen seinem eigenen Umsturz vorarbeiten.

Das scheint in Spanien bereits eingetreten zu sein, wo ebenfalls hohe Getreidezölle galten. Wie ein Telegramm aus Madrid meldet, wurde gestern im Ministerrathe über die Getreidegesetzgebung beraten, es wurde beschloffen, den Getreidezoll für Getreide auf 6 Pefetas für das Hektoliter herabzusetzen, so lange der Preis des Getreides höher als 12,50 Pefetas für das Hektoliter ist.

Wir haben im gestrigen Abendblatt über die Ver-sammlung des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei im dritten Berliner Wahlkreise berichtet und mitgetheilt, daß Stadtvorordnete Matrone wieder in den Vorstand gewählt worden sei unter der Bedingung, daß er die Erklärung abgebe, er rechne sich noch zur freisinnigen Volkspartei. Dieser sonderbaren Wiederwahl gingen noch sonderbarere Scenen voraus. Man erinnert sich, daß Herr Matrone in einer früheren Versammlung des Bezirksvereins Rei-nkölln für eine weitergehende Duldbarkeit gegenüber der freisinnigen Vereinigung eingetreten war, als es der Volkspartei und ihrem Führer bisher beliebt hatte. Diese verlässliche Mahnung war auf keinen fruchtbaren Boden gefallen, im Gegentheil hatte man in dem persönlichen Ton des Herrn Matrone eine Art Hochverrath gesehen, die ihn nicht mehr geeignet er-schienen lasse, dem Vorstande des Wahlvereins anzugehören. Die Verammlung des Wahlvereins am Dienstag folgte mit geringer Majorität dem Wahneis des Abgeordneten Kan-genhans, ein Auge zuzudrücken, und so wurde Herr Matrone noch einmal gewählt. Die Stimmzahl von 16 zu 12, mit der jene Wahl vollzogen wurde, ist bezeichnend. 28 Menschen entschieden über das Schicksal eines Mannes und stellten ihm für die Gnade, wieder gewählt zu werden, die Zustimmung, oder per se zu sagen. Selbstverständlich hat Herr Ma-trone die zügellose Antwort auf diese Provocation gegeben. Er äußert uns:

„Bezüglich des Berichts über die Generalversammlung des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei im dritten Berliner Wahlkreise, in welcher meine Wiederwahl in den Vorstand davon abhängig gemacht worden ist, daß ich mich bereit erkläre, dem Vorstehenden Herrn Dr. Kangerhans ein politisches Glaubens-bekenntnis abzulegen und meine fernere Zugehörigkeit zur frei-sinnigen Volkspartei zu versichern, mache ich der verehrlichen Redaktion die ergebene Mitteilung, daß ich auf die Ehre, dem Vorstande ferner anzugehören verzichte und dem Herrn Vorstehenden hiermit Kenntnis gegeben habe. Nach solchiger Sachverhalt in der Partei habe ich die Anordnung eines Antrittsbeschlusses für überflüssig und überflüssig. Ich werde nach wie vor an meiner politischen Meinung festhalten, will mir aber das Recht vorbehalten, in einzelnen Punkten meine eigene Meinung zu haben und, wenn mir Maß-nahmen der Partei nicht zusagen, dies auszusprechen zu dürfen.“

Die Intoleranz einzelner Mitglieder der freisinnigen Volks-partei hat es also für weislich, einen um den Freisinn seit einem Menschenalter verdienten Mann in solch brücker Weise zu behandeln. Wir sind überzeugt, daß die Mehrheit der Partei in n e r l i c h die Unbilligkeit gebührend verurtheilt, — ob der Manneswuth aber so weit reicht wird, mit diesem Urtheil auch o f f e n hervorzutreten, muß abge-wartet werden.

* Die Staatsregierung hat die Einbringung eines Ge-setzes über den Ausbau des Mittelaltkanals fammtlich davon abhängig gemacht, daß die in erster Reihe an demselben interessirten Provinzen Rheinland-Westfalen, Hannover und Sachsen eine Garantie für Auf-bringung der Unterhaltungs- und Betriebskosten sowie der Zinsen übernehmen.

Im Einzelnen sollen sie sich verpflichten, I. den durch die Kanal-abgaben etwa nicht gedeckten Festbetrag dieser Kosten bis zum anfangsmäßigen Betrage in jedem Rechnungsjahre zu erhalten, und 2. für die dreiprozentige Verzinsung und einhalbprozentige Tilgung eines Drittels des anfangsmäßigen Baukapitals der Hauptlinie und der Hälfte des anfangsmäßigen Baukapitals der Zweigkanäle, welche nicht zugleich Zweckkanäle sind, in jedem Rechnungsjahre insoweit aufzunehmen, als die Einnahmen aus dem Kanalabgaben nach Abzug der Betriebs- und Unterhaltungs-kosten zur dreiprozentigen Verzinsung und einhalbprozentigen Tilgung der gesammelten veranschlagten Posten nicht ausreichen. Die Tilgung soll in der Weise erfolgen, daß alljährlich 1/2 Prozent des veranschlagten Baukapitals und die durch die fortwährende Til-gung erhaltenen Zinsbeträge, sowie ein etwaiger Ueberschuß der Kanal-abgaben über den Ausgabenbedarf für Betriebs- und Unterhaltungs-kosten dreiprozentige Verzinsung und übrige Tilgung von dem Baukapital abgeschrieben und hierdurch die von den Kommunalver-bänden übernommene Garantie anteilig vermindert wird. Nach ein-gültiger Feststellung der Kostenanschläge sollen die Baukostenanteile für den Hauptkanal und die Seitenkanäle, für deren Verzinsung und Tilgung die Kommunalverbände aufkommen sollen, zu einer einheit-lichen Summe zusammengezogen, und soll die Garantie der Kommunal-verbände auf das Aufkommen einer dreiprozentigen Verzinsung und einer einhalbprozentigen Tilgung dieser Summe beschränkt werden. Ein etwaiger Ueberschuß der Kanalabgaben soll auf das Baukapital abgeschrieben und hierdurch die von den Provinzen übernommene Zinsgarantie anteilig vermindert werden. Mit welchem Termine die Tilgung beginnen soll, ist noch nicht bestimmt. Die Tilgung soll erst nach einer noch näher zu vereinbarenden Reihe von Jahren be-ginnen. Nach Ablauf der ersten 15 Betriebsjahre werden die aus den Kanalabgaben erzielten Ueberschüsse so hoch anfallen, daß Zinseszins nicht mehr zu leisten sein werden, auch wenn atdem die Tilgung um ein halb Prozent der anfangsmäßigen Baukosten zu den Zinsbeträgen hinzukämen. Von den zur Deckung der dreiprozentigen Zinsen der anfangsmäßigen Baukosten in den ersten acht Jahren zu leistenden Gesamtsummen haben für die Mittelaltkanäle nach den von der Staatsregierung gestellten Forderungen die Provinzen im Durchschnitt 37 Prozent für Haupt- und Zweigkanäle zu leisten; 63 Prozent der Zinsen be-zahlen der Staatskasse. Man entfallen von der Länge der Mittel-altkanäle auf Westfalen 17 Prozent, Hannover 50 Prozent, Sachsen 18 Prozent, Hessen-Nassau, Braunschweig, Schaumburg-Lippe zusammen 15 Prozent. Legt man diesen Maßstab der Länge auch für die Antheile der Provinzen an den zu leistenden Zinsen zu Grunde, dann würde also die Provinz Westfalen 17 Prozent zu übernehmen haben. Von den übrigen Provinzen hat Hannover, deren Kanalbau demnach vorigen Monats tag, bereits seinen Antheil mit 50 Prozent über-nommen. Dort haben die meist beteiligten Städte Hannover, Osnabrück, Hildesheim, Einbe, keine der Provinz gegenüber sich zur Uebernahme von 1/4 der Provinzialverpflichtungen (3 Millionen Mark) verbindlich gemacht.

Der gegenwärtig tagende v e r s ä m m l i c h e Provinzial-lan-dtag wird sich ebenfalls mit der Uebernahme einer Garantie für den Mittelaltkanal beschäftigen. Die vorbereitende Kommission des Provinziallandtages hat bereits mit 20 gegen 4 Stimmen den Antrag auf Uebernahme der Garantieverpflichtung unter der Vorausleistung der Hälfte durch die Stadt Minden angenommen, erwartet aber im Uebrigen, daß die Pippelanalisation, falls der Staat sie nicht ausführen will, einer Privatgesellschaft überlassen wird. Es läßt sich hoffen, daß der Provinziallandtag diesem Antrag beipflichten wird. Damit wäre, nachdem schon von ver-schiedenen anderen Seiten eine ähnliche Opferbereitschaft an den Tag gelegt ist, eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die baldige Ausführung des von langer Hand vorbereiteten Mittelaltkanalprojekts erfüllt.

* Die Vertheilungskommission des sachsen-provinzial-landtags hatte beantragt, zu den Kosten des masurischen Kanals 200,000 Mark zu bewilligen. Der Antrag war an die Bedingung geknüpft, daß zu den Kosten des eigentlichen Kanals 600,000 Mark der Provinz weber ein Kapitalzins gleich hoch

geben. Meine Mahlagentin lacht überglücklich. „Wie denken die Herren über die Wasserfrage?“ forschte ich nun weiter.

„Großartig! Sie sind beide Temperenler, durchaus Teaffalter, nicht einen Tropfen Whisky, nicht einmal ein Glas Bier.“

„So meine ich es nicht,“ unterbrach ich, „ich möchte wissen, wie sie sich zu der jo mangelhaften Versorgung unseres Viertels mit Wasser stellen?“

„Das ist ganz ihr Fall. Wasser in großer Masse. Porter hat sogar eine Gartenprippe. Nur keinen Whisky.“

„Auch nicht des Abends vorn Schlafengehen „Irish“ warm, ein klein Stüchden Citrone drin und Zuder?“

Die Rüstern der kleinen roten Nase blähen sich vergnügt auf, als ob sie den Geruch des Getränkes witterten, und schmunzelnd meinte mein Beding: „Das sei doch Krzene!“

„Well! Und wie ist es mit den Steuern? Ich zahle 1800 Mark Miete und darauf 600 Mark Steuern.“

„Ich sehe schon, Sie sind unser Mann. Fryer und Porter sind gegen alle Erhöhung der Steuern. Sie haben überhaupt nur das Zuteile der Steuerzahler im Auge. Redliche, redliche Leute, sage ich Ihnen, wie alle Unionisten.“

„Wie Herr Chamberlain auch,“ konnte ich mich nicht ent-halten, zu unterbrechen.

„Der gute Jos, na natürlich! Wissen Sie, die Unionisten sind es gewesen, die die North Metropolitan Tramway gekauft, sie darauf wieder an die Gesellschaft verpachtet und damit der Stadt 9 Millionen Mark erparat haben. Was wollen die Radikalen? Sie treiben uns der Kommune zu. Petroleum ist das Ende von Liede.“

„Na, na!“

„Petroleum sage ich Ihnen! Also, ich darf Sie in Kolonne 1 eintragen.“

„Was ist das?“

Ein weiblicher Wahlagent.

[Nachdruck verboten.]

London, 1. März.

Als ich noch ein Kind war, habe ich immer gekauft, wenn ein Dichter stirbt, dann steht das Weltall einen Augen-blick still, die Sonne verfallt ihren Glanz, und die Vogel im Wald verstummen. Mein Mütterchen dachte mich das geklagt. Nun weiß ich heute nicht, ist seit meiner Kindheit kein Dichter mehr gestorben, oder haben sich die Dinge geändert. Die Mäher von gestern melden zwar den Tod eines Dichters, der noch dazu der Bruder des berühmten Poeta laureatus Tennyson war. Der ältere Bruder Friedrich hat das Zeilische geerbt, ein anderer Bruder Arthur — auch ein Dichter, ich glaube, alle acht Brüder haben geerbt, wobei natürlich auch einen nicht viel kam — liegt krank in Grith. Alle Erbsinnungen, die sich nach meiner Ueberlieferung an den Tod eines Dichters knüpfen sollen, sind ausgeblieben. Und doch hat der forbergeordnete Bruder von Friedrichs Vererben gesagt: sie klängen wie das Echo der Berge wendende Orgelöne. Die Welt ging trotzdem ihren Weg unaußfallam weiter, und Spanier fielen auf 59. Frederik Tennyson hat das staatliche Alter von 91 Jahren erreicht. Ein unbüßes Dichten konterviert offenbar. Im März 1827 veröffentliche er mit einem berühmten Bruder einen Band Verse. Hier der Gedichte kommen auf seine Klappe. Seine glänzendste und dichterisch fruchtbarste Zeit verlebte Frederik in Florenz, wo er in seinem von Michel Angelo ent-worfenen Palaste Künstler und namentlich Musiker am sich sammelte.

Später fiebelte er nach Jersey über und dichtete richtig und stetig weiter. Was nicht es, seine Werke aufzuzählen, die — wie gesagt, Spanier fielen auf 59.

Mein Freund sagt, sie würden noch weiter heruntergehen, und es wäre ein Vermögen damit zu verdienen, Spanier zu

fixen. Ich fire Hyiker, das ist sicher, die gehen noch weiter herunter . . .

„Eine Dame wünscht Sie zu sprechen.“ „Eine Dame?“

„Ich rüde an meinen Manschetten, ziepe an meiner Kravatte, drehe mir die Schnurrbartspitzen in die Höhe.“

„Eine Dame?“ „Yes, Sir!“ sagt das Hausmädchen und lacht vernehmlich. „Ich lasse bitten.“ Gleich darauf rollt eine kleine, runde, nicht unansehnlich gekleidete Person, die mich prüfend durch zwei scharfe Willensgläser ansieht, in mein Zimmer. Sie ist doch etwas verlegen, als ich den prüfenden Blick durch meinen Zwickler erwidere und frage, was ihr Be-gehr sei. „Es ist wegen der Straßwahl“, sagt sie mir und framt dabei in ihrem Pompadour, um demselben ein kleines Notizbuch zu entnehmen.

Zu mir jubelt es: „ein weiblicher Camwaffer!“ Man habe ich endlich einmal selber solche Spezies eines Wahlagenten eingefangen, oder sie hat sich vielmehr in mein Haus ver-logen, und ich will sie hin äußerlich aufspießen und be-obachten.

„Also es ist wegen der „County Council Elections?“

„Ja! Sind Sie für Fryer und Porter?“

„Am, je nachdem!“ Ich habe natürlich keine Ahnung, wer die Kandidaten meines Wahlbezirks sind.

„Porter ist solch netter Mensch. Er ist ein Freund meines Mannes, war bei unserer Hochzeit und auch bei der Taufe Arthur’s.“

„Hu! das spricht schon mit, und wer ist denn Mr. Fryer?“

Meine Lady Camwaffer zupft etwas verlegen an ihrem Rock. „Ja, den kenne ich nicht, er ist aber auch ein Freund meines Mannes und genießt großes Ansehen in Nord-Kenington. Er ist verheirathet, und seine Frau ist die Groß-nichte von Lady Smith.“

Ein kurzer Pfiff der Bewunderung ringt sich von meinen

* Die „Frankf. Zeitung“ veröffentlicht nunmehr das Programm zu der von der letzten Generalversammlung der deutschen Volkspartei beschlossenen gemeinsamen Feier für ganz Deutschland zur Erinnerung an das Jahr 1848 in Frankfurt am Main. Diese Feier wird zu der Einladung an alle freibüchlich gekleideten Männer ergeht, soll am 26. und 27. März mit folgendem Programm stattfinden: Für den 26. März: Festmahl im Zoologischen Garten, für den 27. März: Vormittags: Akademische Feier im gleichen Lokal; Nachmittags: Besichtigung der Baukirche und des Schlosses; Abends: Festessen in der Loge zur Einigkeit. Für sämtliche Veranlassungen sei die Mitwirkung hervorragender vederrlicher Kräfte gewonnen.

Ein Urtheil über die „Kreuzzeitung“.

Das schon ausgegebene dritte Heft von fünften Bismarck-Jahrbuch (Leipzig, Verlag von J. G. Göschen) enthält wiederum eine wahrhaft erstaunliche Fülle von interessanten Briefen und Abhandlungen. Man muß in der That dem Herausgeber Herrn Horst Kohl für seinen Eifer dankbar sein, mit dem er das Weitererscheinen dieses ungemein wichtigen Quellenwerkes zu intimem Kenntniss der neuesten deutschen Geschichte beiträgt. Gleich der erste der 32 Briefe des Grafen Robert v. D. Goltz, des bekannten späteren preussischen Volkshelden in Petersburg und in Paris, an seinen Freund Bismarck ist ein rechtes Kabinetsstück. Der Brief stammt aus dem Jahre 1850 und ist von Frankfurt a. M. aus datirt, woselbst Graf v. D. Goltz Legationsrath war. Bismarck soll womöglich dazu bestimmt werden, eine günstige Einwirkung auf die Haltung der „Kreuzzeitung“ auszuüben; denn sie nach der Ansicht des Briefschreibers „bedauerlich“, ja „strenger Urtheile bedürftig“ sei geradezu als landesverrätherisch. Goltz selbst will die Haltung der „Neuen Preussischen“ dagegen nur „unparteiisch“ nennen. Man wolle sich nur erinnern, daß die „Kreuzzeitung“ damals die eifrigste Vertreterin der Ultrapolitik Manteneffs war und daß Ludwig Lerach, der bishige „Hauddauer“, die Meinung auf das Sachrathliche vertheidigte, daß nur in dem engsten Anschlusse an das bereits im Konföderationswasser segelnde Oesterreich das wahre Heil Preussens gesucht und gefunden werden müsse.

Preußen. Deutsch-land einst und bald.

war seine und damals bekanntlich auch Otto v. Bismarcks Ansicht. Eben dadurch gewinnt der Brief des Grafen Goltz an seinen Freund Bismarck einen so außerordentlich wichtigen Belegschma. Graf v. D. Goltz scheint nicht zu ahnen, daß Bismarck selbst damals zu den fleißigsten Mitarbeitern am „Hauddauer“ in der „Kreuzzeitung“ war. Die Tendenz des Blattes ist nach der Ansicht des Grafen „unparteiisch“; im Hinblick auf seine früheren Sympathien für das Blatt ist seine Insuperation erfüllt es ihn mit Befriedigung, das Blatt eine Haltung einnehmen zu sehen, welche vielfach den objektiv unaufrichtigen Verdacht erregt, daß dasselbe im ultrapolitischen Sinne steht, und diesen Verdacht nicht anders als durch Zustimmung auf die mit befehligten ehrenhaften Persönlichkeiten und auf die dem Blatte zu Gebote stehenden selbstständigen Mittel entgegen zu können.“ Sodann befragt Graf Goltz, daß Männer von ausgezeichneten Fähigkeiten sich in eine doktrinaire und unpraktische Richtung hineinriemen, daß sie ebenbürtig und unmaßig wie unverständliche persönliche Angriffe gegen Männer von ungleich höherer Heftigkeit bilden und sich dadurch immer mehr und mehr von der Linie der Sittlichkeit entfernen, was durch den Konflikt mit der äußerlichen biblischen Umfassung nur so widerlicher wird. Ich

brauche in dieser Beziehung wohl kaum an die posthume Ergüsse des Hundstosses, an die entweder böswilligen oder von gänzlicher Urtheilslosigkeit zeugenden Parallelen zwischen Männern wie Gagern, Hansemann, Radowski u. a. an die unwürdigen Ausstellungen auf den Umpassung des Verfassers, an die hochhaften Verdächtigungen der Redlichkeit seiner Absichten und an tausend andere Dinge zu erinnern, durch welche die heilige Kreuzzeitung bald über, bald unter dem Strich als die gefährlichste Abfallin der schmutzigen, demokratischen Blätter aufgelistet ist.“ Graf Goltz ist über die Haltung des Blattes bernahe entsetzt, daß er kein Bedenken trägt, auszusprechen, „die den Reizern des Blattes beigemessene nahe Verbindung mit dem Könige trage im Auslande dazu bei, alles Vertrauen in die Aufrichtigkeit seiner Versprechen und somit alle Achtung gegen die allerhöchste Person zu untergraben.“ Schließlich laßt Graf Goltz sein Urtheil über die „Kreuzzeitung“ in folgende Worte zusammenfassen: „Die Politik der Kreuzzeitung ist hiernach nicht bloß unparteiisch und gefährlich, sie ist auch zweifelhafte und ziellos, aber ihr Ziel zweifelhaft mit dem der beschrifteten Parteien zusammen.“ Ich will nicht, wie man sieht, dies Wort nicht, aber in jedem Strich wahr, in jedem Zuge treffend. Und wie trenn sich die „heilige“ „Kreuzzeitung“ in ihren Angriffsmethoden gegen Personen und gegen Parteien geloben, die ihr nicht genehm sind!

Am Ende dieses merkwürdigen Schreibens gedenkt Graf Goltz noch der Berliner Revolutionen, die sich nicht nur gegen Radowski richteten, sondern auch gegen den Prinzen von Preußen. Wir wissen sehr gut, daß man nicht allein nicht, sondern auch den Prinzen von Preußen unter ein — euphemistisch zu reden — Verhaftungssystem stellt, welches wegen der Ausübung der Personen, deren man sich bedient, Lachen erregen würde, wenn die ganze Sache nicht so traurig wäre.“

An dieser Rosigkeit aus dem Jähhorn des Bismarck-Jahrbuchs mögen sich die freundlichen Leser für heute genug sein lassen.

Die Vorgänge in der Nazarethgemeinde.

(Bericht für das Berliner Tageblatt.)

Gewisse Vorgänge in der Nazarethgemeinde auf dem Wedding kamen gestern Abend in einer zahlreich besetzten Versammlung im Selbsthause, Müllerstraße, zur Sprache. Rector Schuytmacher referirte über Vorgänge nach der Kirchenehre von 1897 in der Nazarethgemeinde.“ Von 19 gewählten liberalen Klerikalen und Gemeindevorsetzern sind nur sechs eingeführt. Gegen die übrigen 13 hat ein gewisser Herr, heimlich unterstellt vom ersten Prediger, Harzer Diakonat, am 20. Oktober schriftlich protestirt. Lieber den Protest wurde am 2. November im Kirchenvorstand unter dem Vorbehalt von Harzer Diakonat verhandelt und beschlossen, weil der Protest unrichtig erachtet, ihn dem Protestirenden mit dem Entschuldigenden zurückzugeben, schenkt einen neuen Protest einzulegen. Franke, von Diakonat beauftragt, hat es aber vorgezogen, nunmehr direkt beim Kirchenregiment zu protestiren. Am 7. Dezember hat Harzer Diakonat diesen neuen Protest schon in Händen gehabt, bis jetzt ist aber noch keine Entscheidung getroffen. Es wurde ausgeführt, daß Harzer Diakonat ein Interesse daran habe, die Sache zu verzögern, bis die Synodalversammlungen von dem nächsten Herbst Kirchenvorstand erledigt sind. Diakonat habe dann drei Jahre die Macht in Händen, und die Liberalen wären um die Frucht ihres Sieges gekommen. Wenn der Geistliche für die Ausfertigung von Trau- und Taufheften Gebühren berechnete und in seine Tasche gesteckt habe, dann gehöre er vor den Staatsanwalt. Durch alle diese Manöverungen zu Niederdrückung und Ausschließung der Liberalen und durch die Verhandlungen über die Sonntagsheligion hätten die Positiven erreicht, daß Berlin aus dem Schlate emigrierte und sich löst. Nationaldeputirter Zettin erklärte, daß der französische Protest

weil er Intimiten enthalten habe, mit Rücksicht an früheren Gemeindevorständen, der sich der Tragweite des Inhalts nicht bewußt gewesen sei, dem Protestirenden zurückzugeben worden sei. Man habe nicht annehmen können, daß Diakonat die Sache so in die Länge ziehen würde, daß die Rechte Franke damals geäußert, Harzer Diakonat habe die Rechte für die Befreiungen des Protestes schon in Händen, was aber dann besichtigt habe.

Fabrikant Wolter, einer von den nicht eingeführten Vertretern und früherer Kassendirektor der Gemeinde, verlas unter allgemeiner Theilnahme den Protest, der hier nicht wiederzubegebende Anlagen gegen drei der Gewählten enthält, die gegen Franke und Harzer Diakonat flagbar geworden sind. Stadtvorstand D. Linke sprach seine Verwunderung über diese Vorgänge in der Gemeinde aus. Rentier Wolter erwiderte die frühere unbedeutliche Kassensführung. So habe der Harzer, der ein halbes Dutzend Häuser zu verwalten habe und wie amtlich bestätigt worden sei, mit Privatgeschäften überhäuft sei und seinen Amtspflichten deshalb nicht pünktlich nachkommen könne, 1500 Mark für den Rentanten einlassen lassen und selbst verabsagt, es sei schwierig gewesen, die Belege dafür zu erhalten. Die Gebühren für Trau- und Taufheften seien wiederrechtlich vereinbart und nicht an die Kasse abgeführt.

Rechtsanwalt Maraggraf, zweiter Vorsitzender des kirchlich-liberalen Centralvorstandes, erwiderte gegen Diakonat, daß er in der Diakonat in der Sache nicht zu beantragen. Außerdem wurde noch mitgeteilt, daß Diakonat am Samstag und ersten Feiertagen Trauungen in der Kirche vorgenommen habe, was nicht erlaubt sei. Einstimmig wurde beschlossen, bei den Behörden vorzulegen zu werden, und folgende Resolution angenommen:

„Die am 2. März 1898 im Restaurant Selbsthause tagende öffentliche Versammlung von 600 Wählern der Gemeinde Nazareth spricht ihre Verwunderung und Enttäuung aus, daß von den am 10. Oktober 1897 gewählten vier kirchlichen und fünfzehn gewählten liberalen Vertretern bis jetzt zwei Klerikale und ein Vertreter nicht in ihre Aemter eingeführt worden sind, wodurch der Gemeinde eine schwere Kränkung widerfahren und ein unerwünschtes Aergerniß gegeben ist. Die Versammlung hofft, daß alle befehligten Behörden die nöthigen Schritte thun werden, um der Gemeinde zu ihrem Rechte zu verhelfen. Sie ist der Ueberzeugung, daß Harzer Diakonat an den Vorgängen in der Gemeinde hervorgerufen beteiligt ist, und spricht die Hoffnung aus, daß amtliche Stellen diesen Umständen dauernd ein Ende gemacht werde.“

Aus dem Abgeordnetenhause.

(Vorläufiger Bericht.)

Am Ministerische: Dr. v. Miquel, Febr. v. Hammerstein. Das Haus verhandelt in zweiter Lesung über das **Industrieversicherungs-Gesetz**.

Die Budgetkommission beantragt **unveränderliche Annahme**. Abg. Sieg (natl.) stellt einen Amendementantrag dahin, daß in Ansehung aller **größten Restatirer** gebildet werden sollen.

Abg. Moth gibt Namens der Polen die Erklärung ab, daß sie ihren Protest gegen die Vorlage aufrecht erhalten und sich dem zufolge an der weiteren Erörterung nicht betheiligen werden.

Abg. v. Zedemann (freil.) erklärt, daß seine politischen Freunde der Vorlage und auch dem Antrag Götze beistimmen, letzteren aber etwas weiter gefaßt sehen hätten und bis zur dritten Lesung eine solche Fassung einbringen würden. Ein Uebereinstimmen für die Konfirmation allein müßte nügen, femer hat seit 70 Jahren in den verschiedenen großen Staaten der polnischen Handwerker und Industriellen außerordentlich angenommen habe, sei die Erfüllung der sehr sympathisch aufgenommenen Fassung des Finanzministers v. Miquel dringend erforderlich, wonach die deutschen Gewerbetreibenden in der Provinz Polen von Staats mit allen Mitteln unterstützt werden sollen.

Abg. Hermann (Chr.) befragt die Vorlage als gegen Natur-, Staats- und Volksertrag verstoßen und den nationalen und konstitutionellen Frieden hindern.

Abg. Graf Emding-Zimmern (konf.) befragt die Möglichkeit dieser Angelegenheit. Die Vorlage geht nicht gefällig oder angeführt gegen die Polen vor, sondern würde nur die unbedingt notwendigen staatlichen Rechte Preussens. Man besäme auch nicht die katholische Kirche dort, sondern nur die Ueberreste einzelner katholischen Geistlichen.

Abg. Zedel (Fr. V.) erklärt die Vorlage für nicht zweckentsprechend, weshalb ihre Parier gegen dieselbe Stimme, woraus man nicht den Vorwurf mangelnden Patriotismus herleiten dürfte. Der Sozialistenverein würde durch seinen **Communismus** schädlich und habe den gegenwärtigen **christlichen Wohlstand** weit zu Folge gehabt. Abg. Sieg (natl.) erklärt sich an Grund persönlicher Erfahrungen für die Vorlage. Die Einstellung von 400,000 Mark zur wirtschaftlichen Unterstützung von Deutschen genüge nicht, der Finanzminister möge für diese Zwecke im nächsten Etat 10 bis 20 Millionen bewilligen.

Finanzminister v. Miquel weist auf die Gefahr im Osten hin, der gegenüber man nicht die Augen verschließen dürfe. Die Offensiv der Polen, ihre Neigung, einen Staat im Staate zu bilden, sei gefährlich; dem gegenüber dürfe die Regierung keine schwächende Haltung einnehmen, sie wolle aber nicht gegen die Polen, sondern für das Deutschtum eintreten. Man dürfe nicht vor dem Segner zurückweichen, um ihn nicht mehr zu erörtern, sondern müsse sich volle Schuldenfreiheit erkämpfen und eine kulturelle Politik verfolgen. Die Polen müßten befehligt werden, sich allmählig in den preussischen Staat einzuleben, man müsse in nationalen Fragen auf sie rechnen dürfen. Es sei nicht zulässig, daß die Polen in der großen nationalen **Flottenfrage** sagen: die Sache geht uns nichts an. Man habe ihn als **unberührten Göttern** bezeugt (Sied. 101).

Abg. Engelke (natl.) erklärt, daß die Sache sich nicht lösen lasse. Die künftige Förderung des Deutschtums nicht fördern (Beifall). Bei dem nationalen Geiste, der sich unter den deutschen Katholiken jetzt in der **Flottenfrage** betätigt habe, sollten doch auch die Katholiken nicht rein polnische Betreibungen unterstützen. Leider sei ja bei uns Deutschen der **Sang zur Vereinigung** fast ausgeprägt, und das Eidgenossenessen in kleinen Körperlichkeiten. Sei es doch vorgekommen, daß man bloß um des Präventionshandlung willen, etwa der Stellung zu den Ungarn halber seine nationalen Freunde im Sinne gelassen habe. Die Zeit, die die **Flottenfrage** an die Hand des Geistes verknüpfen (Beifall), die **Flottenfrage** an die Hand des Geistes verknüpfen (Beifall).

(Ausschließlicher Bericht in der Parlaments-Ausgabe.)

Die Flottenvorlage in der Budgetkommission.

(Bericht für das Berliner Tageblatt.)

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung erregt das Wort zum 8. der Vorlage der Flottenfrage Dr. Zedler und führt aus: Die geordneten Indienststellungen seien notwendig, um dem Körper der Flotte Leben zu geben und die organische Verwendung derselben zu gewährleisten; infolgedessen werden diese Indienststellungspläne nach dem bisherigen Verfahren von den Anträgen der Vorlage ab, als es sich bei der letzteren um die organische Verwendung der Schlachtschiffe handelt. Für die Auslandsschiffe solle der bisherige Gebrauch beibehalten werden. Die Vorlage demoge die hierüber auf dem Boden ihres Grundgedankens. Referent erwidert, dies unter an der Hand des Geistes verknüpfen (Beifall), daß derlei hierin sich an das Beispiel anderer europäischer Staaten anschließe. Wollte man den Plan der Vorlage überhaupt, so würde man auch die geordneten Indienststellungen aufheben müssen; wenn man auch für Meer und Flotte große Opfer zu bringen genöthigt sei, so ergäbe sich doch die Uebernahme auch dieses Opfers aus dem Zusammenhang der ganzen Vorlage, nur so kann man die in der Flotte gegebene Waffe scharf und scheinig erhalten. Singsingener sei, daß der Plan doch nicht auszuführen sein werde, wenn der Flotte keine Schiffe vorläufer vorhanden sei.

Abg. Graf Helldorn fragt, an ob es nicht empfehle, die Zahl der Kreuzer für die aktiven Formationen um eine zu vermehren, um für plötzlichen Bedarf im Ausland besser gerüstet zu sein; wieweit man diesen Kreuzer als Flaggenschiff verwenden, um die finanziellen Voraussetzungen der Vorlage nicht zu beeinträchtigen. Staatssekretär Zippig glaubt, daß beim Eingehen auf diesen Vorstoß Schwierigkeiten entstehen würden, weil man das

die hatte sich Rudolf Baumhach besonders in unseren Damenkreisen so beliebt zu machen. Die Vorlage ist auf Aufgabe gestellt. Mit scharfer Sicherung des Stoffes und reichem Ausdruck sprach die Vortragende die Baumhachischen Verszeilen und gewann besonders an den tragischen Stellen eine eindringliche Wirkung. So machte sich das Lied von der Wipplartse sehr schön. Das sonere, an Wohlklang reiche Organ der Künstlerin scheint sie überhaupt vorzüglich auf unsere Zuhörer hinzuweisen.

Am 2. März, schreibt man uns: Die Pension- und Pensionsanstalt für deutsche bildende Künstler, die unter dem Protektorat des Großherzogs von Sachsen-Weimar steht, hat sich am gestrigen Abend einer ertragreichen Zusammenkunft zu erfreuen. In dem großen Saale der Erlöhung, in weiteren Himmels- und künstlerischen Kreisen durch die Zusammenkünfte der Gesellschafter, der Bühnengemeinschaft u. s. w. bekannt, war die Diplomatie, die Kritik, die Bühnen- und die Kunstwelt Weimars vereinigt, um einer Abendunterhaltung beizuwohnen, zu deren Mitwirkenden unter Anderem der neue preussische Gesandte Prinz Ratibor, Graf und Gräfin Görtz geborene Cavalcanti de Milheneu, der Adjutant Graf v. Hlandt, Baron Glöfstein, Baron Blome u. s. w. gehörten. Der Großherzog hatte auch seinen hohen württembergischen Hof, der zur Zeit hier weilenden Großfürsten Konstantin eingeführt; femer war vom Hofe der Großherzogin-Wittve anwesend. Der württembergische Gesandte Baron Hubberg, besand sich ebenfalls im Kreise des Hofes; dessen Gemahlin, Baronin Hubberg, wurde vom Großherzog eingeladen, den Platz an seiner Seite einzunehmen. Der Abend brachte unter anderem eine Komödie in französischer Sprache von Balzide und Vercaz: „Embrassons nous, Folleville“, die flott und beiter gespielt wurde. Prinz Ratibor gab den Schabellan von Prince de Condé, die schöne Gräfin Görtz die Wertha, Graf Görtz den Gatenau, Graf v. Hlandt den Marquis de Manant. Eine Solofrau, besetzt vom Kammerherrn Alexander Freiberger v. Freytag-Königsborn, behandelte die Aufregung einer Schauspielerin einige Stunden vor der Hauptrolle einer Premierer; Gräfinin Mathilde besand v. Königsborn spielte die Scene in humoristischer und dramatischer Weise.

Die Landesbibliothek in Osnabrück. Aus Thorn meldet uns ein Privat-Telegramm: Zu dem mehrfach erwähnten Pläne einer hier selbst zu errichtenden staatlichen Landesbibliothek ist Oberbürgermeister Dr. Kohl auf Nachfrage von den befehligten Ministern der Reichsregierung, daß die Staatsregierung die Absicht, ein solches Institut hier zu schaffen, aufgegeben habe, da man sich davon eine wesentliche Förderung der Ostmark nicht verspricht.

Zu diesjährigen Großen Berliner Kunstausstellung hat der Verein Berliner Künstler gestern Abend die Mitglieder der Jury und der Kommissionsmitglieder. In die Aufnahmecommission wurden abgeordnet: als Mitglieder, die Maler Franz Bombach, Anton v. Werner und Konrad Dietz, die Bildhauer Johannes Götz und Ferdinand Becke sowie der Architekt Wilhelm Haupt, als Erkundiger die Maler Ziemkloos v. Gedenbrecher und Konrad Leffing, der Bildhauer Richard Anders und der Graphiker Heinrich Rohmert. In die Ordnungskommission entsandte der Verein Berliner Künstler: als Mitglieder die Maler Franz Bombach und Konrad Dietz, den Bildhauer Johannes Götz und den Architekten Wilhelm Haupt; als Erkundiger den Maler Th. v. Gedenbrecher und den Bildhauer Anders. Wiewohl von der Akademie bereits gewählten Künstler umfasst die aus 12 Mitgliedern bestehende Aufnahmecommission 6 Maler, 4 Bildhauer, 1 Kupferstecher und 1 Architekt; unter den Erkundigern sind 4 Maler, 2 Bildhauer und 1 Graphiker und Architekt. Die Sitzung des Künstlervereins fand gestern

im oberen Saale des Reichstagenhauses statt; die bisherigen unteren Versammlungsräume müssen noch bis zum 1. April verträglich in den früheren Stand zurückverföhrt werden. Die Vircumstände werden am 1. April in das neue Künstlerhaus nach der Welleüberstake verlegt.

Kleine Mittheilungen.

Am 27. Februar starb in Zürich Frau Professor M. Scherer, die zweite Frau des Dichters und Schriftstellers A. v. Scherer (f. 1888), Verfassers der berühmten Geschichte der Weltliteratur. Von Heing Lobotes neuem Novellenbande „A. v. Scherer“, der Mitte Februar erschienen ist, gelangt eben die fünfte Auflage zur Ausgabe. — In Braunschweig ist der außerordentliche Professor Dr. Karl Sürhke zum ordentlichen Professor und Direktor des physiologischen Instituts als Nachfolger des verstorbenen Geheimen Medizinalraths Professor Dr. Heidenbaum ernannt worden.

Theaterchronik.

In dem Besinden der Frau Prach-Gedenberga ist eine wesentliche Besserung eingetreten. Die beliebte Künstlerin erhielt von Fritz Wertman nachstehende Werke zugeandt: „Wie Du bisher, zu Behauptung“ warst, „Machte Verwegen uns Allen; Doch wo Du jetzt in Behandlung bist, Will Keinen wohl gefallen.“

Der Engländer v. Humboldt in Weandlung heute einer Probe der „Königsfinder“ im künftigen Schauspielhause bei, in der die Herren Götthardt und Hofl und Gräfinin Seyer in den Hauptrollen besetzt sind.

Für das Theater unter den Linden sind zu den Aufhebungen der neuen Heubergerischen Operette „Der Operball“ zwei Uebereinstimmungen geschlossen worden. Gräfinin Marie Erich, die in Leistung-Theater in Göttingen große Beifall erntet, wird den Charakterrollen Feodora darstellen.

Das Dramaturgische Institut bereitet als dritte Aufhebung für Mitte März den „Zauberkreis“ („Mandrakula“), die sittengesellschaft zu bedeutame, übermüthige Komödie Niccolò Machiavellis, des berühmten Verfassers des „Ruches vom Finstern“, in einer von Camillo Pilger besorgten Bühnenbearbeitung vor.

Die Erhaltung von J. S. Schauspiel „Kaiser und Gallica“ an Westfälischer Theater ist nunmehr für Mitte März, nachdrücklich festgesetzt. Paul Bieders königlich sächsischer Hofschauspieler aus Dresden, wird, wie bereits gemeldet, die dominierende Rolle des Julian spielen.

Sarah Bernhardt, die vor vierzehn Tagen eine schwere Operation zu bestehen hatte, befindet sich außer Gefahr. Sie nimmt sich vor, am 8. April in einem neuen Stücke, „L'attentat“ die Hauptrolle zu spielen.

Das Kaiser Friedrichs-Denkmal.

Das Kaiser Friedrichs-Denkmal, das seinen Platz auf der Marsfeld erhalten soll, wird demnach die Parlamente besetztigen. Es war im höchsten Grade unwahrscheinlich, daß die Bewilligung der Mittel an die Bewilligung geknüpft wurde, daß ein Wettbewerb ausgeschrieben werden muß. Allerdings nur dann, wenn die Volksvertretung die erste Absicht hat, nicht wieder in letzter Stunde auf das Recht des Mitathens zu verzichten. Wenn der Künstler, der schon jetzt als Mitathens bezeichnet wird, schließlich das Denkmal doch haben soll, dann ist es besser, daß man den Aufwand nicht leicht so hoch hat, wenn man die Sache der Schenkensanktionen, wie sie auf den Bewilligung das ganze Reich der Volk das tiefe Interesse nimmt, die Millionen wirkliche Herrschende ist, wurde es entpreden, wenn sie nicht nach Günst, sondern nach Kunst vergeben würde.

flaggschiff in der Schlachtreihe nicht entbehren könne; man würde, um ihn zu beschützen, ein Schiff der Materialreserve in egyptischen Dienst zu halten genötigt sein; die Mittel dafür würden besonders bemittelt werden müssen.

Hg. Richter meint, man könne ja noch viel mehr Vorschläge machen, um mehr Kreuzer zu fordern.

Die Diskussion ist geschlossen; bei der Abstimmung wird Paragraph 3 nach den Vorschlägen des Referenten mit großer Mehrheit angenommen.

Paragraph 4 beantragt Referent Dr. Lieber zu streichen, da derselbe inhaltlich in den neuen Paragraphen 7 enthalten sei; ferner begründet er die Zusage und Streichungen zu Paragraphen 6 und 7.

Hg. v. Bennigsen bittet, ihm zu bestätigen, daß es sich hier nur um eine reaktionelle, feindselige um materielle Verwendungen handle.

Referent Dr. Lieber wiederholt seine Darlegungen und bemerkt, daß die v. Bennigsen'sche Auffassung zuträfe; auch die Vertretung der Regierung möge ihrerseits anerkennen, daß die Änderung unbedenklich sei.

Staatssekretär Tirpitz erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, derselbe werde zur größeren Klarheit beitragen.

Der Antrag Lieber zu § 4 wird angenommen, das heißt, der § 4 wird gestrichen.

Die §§ 6 u. 7 werden mit großer Mehrheit in der abgeänderten Form (Bekanntmachung unter dem Titel des Referenten) angenommen.

Die §§ 6 und 7 lauten also nunmehr: § 6: Die nach Maßgabe dieser Grundzüge erforderlichen Ersatzkräfte der Matrosenbataillone, Werkstätten und Torpedobatterien unterliegen der jährlichen Festsetzung durch den Reichshausetat. § 7: Alle fortdauernden und einmaligen Ausgaben des Marine-etats, hinsichtlich deren in diesem Gesetze keine Bestimmungen getroffen sind, unterliegen der jährlichen Festsetzung durch den Reichshausetat nach Maßgabe des Besatzes.

Zu § 8 (Personalbestand) bemerkt Referent, daß die verlangten Personalhöhen sich aus den Indiensthaltungen ergeben; er erklärt dies dem Kaiser und dem Kaiserin und ihrer Begleitung; auch hier gelte der Satz: Wer den Zweck wolle, müsse die Mittel wachen.

Hg. v. Bennigsen bittet um nähere Auskunft über die Befehle der Reserveformationen mit Offizieren.

Korvettenkapitän Capelle weist auf den Berechnungen nach, daß für die nicht in Dienst gestellten Schiffe der Reserveformationen die höheren Offiziere vorgehalten seien; dieselben fänden im Frieden in handlichen Verwendung, für welche der Bedarf nicht besonders angelegt sei; die Offiziere wechselten im Laufe des Jahres ihre dienstliche Bestimmung, und man kommandierte zu den Reserveformationen nur Offiziere, die bereits aus dem aktiven Geschwader ausgeschieden seien.

Staatssekretär Tirpitz giebt auf Bitte des Hg. v. Bennigsen eine Auskunft über den Personalbedarf der Kanonenboote.

Hg. Richter meint, daß das Gesetz hier seine Basis verliere, da die Indienststellung der Torpedoboote, Auslandsschiffe u. s. w. nicht gesetzlich festgelegt werde; man könne nach dem Gesetz deren Indienststellung zu überlassen unterlassen.

Referent Dr. Lieber bemerkt, daß die Indienststellung der Auslandsschiffe u. s. w. der Sache nach gegeben sei; man könne nicht wohl neben dem Gesetz das Personal für diese mit einer Zusatzkraft fordern; wenn man die Indienststellungen unterlasse, liege auch kein Bedürfnis für die Maßnahmen vor, das Gesetz verlange aber den Bedarf.

Staatssekretär Tirpitz erklärt, weshalb man die Torpedoboote nicht in das Gesetz aufgenommen habe; der § 5 stelle die Grundzüge auf, nach denen der Mannschaftsbedarf berechnet werden solle; diese seien seiner Meinung nach nicht überhöht.

Nachdem im Verlauf der weiteren Debatte der Referent noch einmal erklärt hat, daß der § 5 für den Organismus des Gesetzes unentbehrlich sei, wird der § 5, welcher nun die Nr. 4 erhält, angenommen.

Hg. Müller-Fulda hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Herr Reichsanwalt zu ersuchen, bis zur zweiten Lesung des Flottengesetzes in der Kommission dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Deduktion der durch das Flottengesetz entstehenden Mehrkosten in der Weise regelt, daß solche entweder:

durch eine entsprechende Heranziehung der Interessenten (Kauf- und Einfuhrhandel, Schifffahrt und der Deutschen im Auslande),

oder: durch Besteuerung der über den Betrag von 300,000 Mark hinausgehenden Vermögen der deutschen Reichsangehörigen gebet werden.

Hg. Lieber erregt das Wort zu § 9. Wenn die Flottenverträge neue Kosten bedinge, so sei es nach seiner Meinung notwendig, nur die leistungsfähigen Schulden, die meistbestehenden Kreise dafür heranzuziehen; hierdurch werde man den größten Teil des Widerpruches gegen die Vorlage beseitigen. Die Auffassung der breiten Massen sei ihm diese seine Meinung zu bestätigen; dieser Meinung enttrüge der von ihm vorgeschlagene neue Paragraph. Die Vorlage, welche Nebel und nunmehr auch Mittel-Fulda eingebracht hätten, fänden ihm in seiner Auffassung zur Seite. Die Formung seiner Vorlage sei natürlich sehr schwierig, da man hier den Boden der Reichsgesetzgebung betrete und hier so verschiedene Voraussetzungen vorlägen; diese stelle er demnach ganz anheim. Er wolle vermeiden, daß höhere Anleihen für Marinezwecke aufgenommen würden; die Ausgaben für die Marine gehörten auf die laufenden Einnahmen, da die in ihr niedergelegten Beträge sich innerhalb eines Monats abzurufen ließen. Er wolle ferner, daß, wenn die eigenen Einnahmen des Reiches für die Flotte nicht ausreichen, ein oder mehrere direkten Steuern eingebracht werden; der Mehrbedarf solle dann durch Materialbeiträge aufgebracht werden; ob diese Anträge diesen Gedanken klar zum Ausdruck bräuten, sei ihm nicht ganz unabweisbar; er glaube denselben jedoch durch seinen Hinweis auf eine stärkere Einkommensbesteuerung nahe gekommen zu sein.

Lokal-Nachrichten und Vermischtes.

Da der Kaiser infolge niedrigen Wasserstandes mit dem Panzer „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ heute von Wilhelmshaven nicht auslaufen konnte, wird er — wie uns ein Privat-Telegramm meldet — erst morgen die geplante Seefahrt nach Bremerhaven antreten; von dort wird der Kaiser am Nachmittag zu zweiwöchentlichem Aufenthalt sich nach Bremen begeben. — Der Kaiser besichtigte in Wilhelmshaven im Laufe des heutigen Vormittags zu Fuß die Forts und die Kanonenbatterie und begab sich nach 12 Uhr Mittags an Bord des Panzerschiffes „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ zurück.

Marschschnee. Das Wetterbild, das sich seit einiger Zeit nicht nur täglich, sondern fast stündlich ändert, zeigt in der vergangenen Nacht und am heutigen Morgen Schnee. „Marschschnee“ (das Felderweb) heißt eine alte und sicherlich im Allgemeinen zutreffende Bauernregel — aber der heutige Marschschnee wird keine Saat geduldet haben, denn die Fluten rieselten in der milden Luft nur zum kleinen Teil bis an die Erde herab, und derjenige „Schnee“, der noch in weichen Gewande den Boden erreichen konnte, wandelte sich dort bald zu der dunklen, zähen Masse, für welche die deutsche Sprache eine ganze Anzahl durchweg wenig ehrender Namen bereit hat. — Auch ein heftiger Sturm brauste heute Nacht wieder einmal über Berlin dahin. Sein Loben war zwar schon am Morgen gebröchen, aber immerhin treibt der Wind, der eifrig die Hinterlassenschaft des Sturmes angetrieben hat, noch beständig Regenwolken und Schneeflocken einher, so daß

ein Spaziergang heute höchstens ein „Jugentmüttes“ Vergnügen ist. Aber trotzdem hemmen die Passanten in der Potsdamer- und in der Leipzigerstraße, am Spittel-, Kölnischen Tisch- und Wolfenmarkt sowie in der Königsstraße die Schritte, um die elektrische Straßenbahn sowohl mit Wägen wie auch mit Theils weissen, theils irrenden Bemerkungen zu begleiten. Namentlich zu Berlinischen der letztgenannten Kategorie ist Anlaß genug. Denn der „Betrieb“ der elektrischen Wagen ist einem Glücksspiel vergleichbar — manchmal gelingt es, und meistens gelingt es nicht. Im vorliegenden Fall ist die den meisten Berlinern herzlich unbekanntene Spandauerstraße der wurde Punkt. Diese „Straße“ — mit Heppel zu sagen — birgt nämlich zwei Kurven, die den schönen, großen elektrischen Wagen zum Fallstrich wurden. Bis heute Mittag arbeitete man frampfhaft an der Verbesserung der Kurven, und fast noch zwölf Uhr klingelte gewissermaßen als Versuchsanordnung nach dreiviertelstündiger Pause ein elektrischer Wagen wieder langsam und schüchtern heran. Der Wichtigkeit des Augenblicks entsprechend, hatten mehrere hundert Berliner an der gefährlichen Stelle Posto gefaßt, ein Kommissar vom öffentlichen Polizeiwesen, die nötige Anzahl von Schulknechten und Kontrolleuren der bisher so benannten „Herdebahn“ waren gleichfalls da — und da konnte es ja nicht fehlen: der große Wurf gelang. Der Wagenlopp passierte die Kurven, der elektrische Kutscher, dem Schweiß, Schweiß und Regen vom Antlitz rann, atmete auf, die Fahrgäste gaben bejubelnd ihrer Beherzungen, nicht stehen geblieben zu sein, Ausdruck, und — wenn inzwischen nicht eines der berühmten „unvorhergesehenen Ereignisse“ eingetreten ist, funktioniert, wenn man so sagen darf, der elektrische „Betrieb“ der Großen Berliner Herdebahn bis auf Weiteres wieder.

Mit der Regulierung der Gefässer des Lehrpersonals an den höheren Lehranstalten beschäftigte sich am Mittwoch Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten Caspel und in Anwesenheit des Bürgermeisters Rösiger sowie der beiden Stadtschulräthe Beckman und Barkhausen der hierzu von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Ausschuss. Nach dreistündiger Dauer wurden die Verhandlungen abgebrochen, und sollen dieselben in einer demnächst noch anzugebenden neuen Sitzung in Arbeit getrieben werden. Zugleich wurde beschlossen, die Angelegenheit einer zweiten Lesung zu unterziehen.

Eine Maschinenpost von der am 30. Januar 1895 untergegangenen „Elbe“ ist, wie aus Paris gemeldet wird, jetzt aufgefunden worden. Dem dortigen Bibliothekar Hubert wurde jüngst von mehreren Fischern eine deutsch beschriebene Karte übergeben, die sie in der Nähe von St. Malo in einer Fische eingeschlossen an der Westküste gefunden hatten. Der Inhalt lautet: „Untergang der Elbe. Meine kleine Yacht „Mina“, ich werde dich erst im Jenseits wiedersehen. Ich bitte benachrichtigen, daß diese Karte finden wird, dieselbe an Fräulein Mina Frank nach Ushant (Frederic-See), Württemberg, zu senden.“ Auf der anderen Seite der Karte befindet sich die gedruckte Aufschrift: „Bernhard Ramsberger vom Hause C. Gomer, Struntpfaffen in Weingarten.“ Herr Hubert hat dem letzten Wunsch des verunglückten Passagiers der Elbe unverzüglich entsprochen.

Die fündige Berliner Industrie weiß aus allen Ereignissen Vorteile zu ziehen. Hiesige Fabrikanten, namentlich solche, die Steinabfälle fabrizieren, haben, wie der „Konfektionist“ erzählt, die Verhandlungen abgebrochen, und sollen dieselben in einer demnächst noch anzugebenden neuen Sitzung in Arbeit getrieben werden. Zugleich wurde beschlossen, die Angelegenheit einer zweiten Lesung zu unterziehen.

Kleine Notizen. In einem Artikel über Desinfektion mit Formalin wurde der frühere Direktor der Chemischen Fabrik auf Aktien Herr Fingelberg, als leider verstorben angeführt. Wie wir aus bester Quelle, nämlich von ihm selbst erfahren, ist diese Nachricht — wie Marx Dwanig sich ausdrücken würde — durchaus übertrieben. Herr Fingelberg erfreut sich vielerde des besten Wohlbefindens. — Für antikerische Zwecke war in Spandau kürzlich die Lieferung von ca. 500,000 Gefäßtransportmaterialien abgeschlossen worden. Dem Auftrag hat das Kriegsministerium nicht den Mindestforderungen, einem Berliner Unternehmer, sondern einer Spandauer Korbnarenfirma erfüllt. — Der Kandidat Herr Walde, von welchem in der heutigen Morgenzeitung in der unter der Spitzmarke „Der Kriminalkommissar als alter Herr“ die Rede gewesen ist, heißt mit Vornamen Karl und ist Studiendirektor der Medizinischen Hochschule, was wir, um mißliebiger Personenverwechslung zu begehen, hiermit hervorheben.

Der Redakteur der „Wobliner Nachrichten“, Oswald Körner, der wegen Verletzung des Ehrenrechts Dr. Willenroth in dem bekannten Zerwürfniß zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt wurde, ist nach Zürich geflohen. Er will dort, wie der „Saimoverische Kurier“ meldet, eine Zeitschrift für den Kaiser ausarbeiten, welche den Titel führen soll: „Der Fall Dr. Willenroth im Lichte der Wahrheit und der Wahrheit der jüdischen Pseudohistorie.“

Wilddiebe. Im Spandauer Stadtfort, dessen Jagd der Kaiser begnadigt hat, war seit einiger Zeit bemerkt worden, daß Wilddiebe unter Anwendung von Schlingen dem Wild nachstellten. Fortwährend seien nun am Freitag ein Mann ab dem Jagdort verhaftet worden. Der eine war ein auf Urlaub befindlicher Soldat des 77. Infanterieregiments in Celle, der andere ein in Spandau wohnhafter Maurer; beide waren mit Fanggeräten ausgerüstet. Der Maurer räumte ein, im Verein mit anderen Personen Wild mittels Schlingen eingefangen zu haben; sämtliche daran Beteiligten sind inzwischen ermittelt worden.

Zu der bekannten Antifasche gegen Antier Steenberg und Genossen wegen angeblicher Uebertretung des Aftensgesetzes fand am Freitag in der 3. eine dreiwöchige Verhandlung statt, die damit endete, daß der Gerichtshof einerseits wegen Verletzung des Aftensgesetzes, andererseits bei der Verurteilung des Aftensgesetzes statgefunden habe, daß die zum Gegenstand der Antifasche gemachten Transaktionen vielmehr ausnahmslos bei der statgefundenen eingehenden Prüfung als vollständig korrekt befunden worden seien. Die Staatsanwaltschaft hatte damals gegen dieses Erkenntnis Revision angemeldet, so daß bisher angenommen wurde, daß dieser Prozeß auch noch das Reichsgericht beschäftigen würde. Nach nochmaliger, mehrere Monate dauernder Prüfung der Sache hat sich, wie mehrere Wäiter melden, die königliche Staatsanwaltschaft nunmehr erkannt, gesehen, die Revision unter dem 23. Februar er. selbst zurückzuziehen. Das Erkenntnis, welches die damals angefaßt gewesenen Akten vollständig rehabilitierte, wird daher einer Nachprüfung des Reichsgerichts nicht mehr unterzogen, sondern ist rechtskräftig geworden.

Nach Verurteilung antifer Gelter ist der ehemalige Lehrer, bisherige Gemeindevorsteher und Verwalter der Postagentur Meljan in Brederiche bei Dranienburg flüchtig geworden. Er hat sowohl Gelter, die auf Postanweisungen eingezahlt waren, als auch Gemeindegelder unterschlagen. Von dem Flüchtigen fehlt jede Spur.

Über einen verwegenen Postdiebstahl meldet uns ein Privat-Telegramm aus Breslau Folgendes: Auf dem Postamt 10 wurden gestern von einem Manne durch die Schalteröffnung der Postamt 10 gestohlen, was die Postamt 10 sofort verfolgt und auf dem Waidmarkt gefangen wurde. Es ist ein Waidhauer Namens Steen; das gestohlene Geld wurde in seinem Besitz vorgefunden.

Aus dem Reichstage.

(Vorläufiger Bericht.)

Am 3. März des Reichstages: Präsident des Reichs Eisenbahnamts Schula.

Die Beratung des Etats des Reichs Eisenbahnamts wird fortgesetzt.

Hg. Graf Bernstorff-Danenburg (Pp.) hält eine Beratung der Perionalarie nicht für unangenehm und wünscht daher die drei Wünsche, daß bei Retour dieses Tarifs keine Aufhebung der Retourbillets, keine Aufhebung der Bundesbillets und keine Zustände zu den Schnellzügen eintreten.

Hg. Stöckel (Fp.) weist darauf hin, daß die Eisenbahnverwaltungen unterlassen hätten, den infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs gestiegenen Eisenbahnerlohn entsprechend die Betriebsausgaben zu erweitern, die Betriebsmittel zu verstärken und das Beamtenspersonal zu vermehren. Daraus seien die beklagenswerten Unfälle zu erklären.

Hg. Graf Karst (Fp.) verteidigt sich gegen die Abgeordneten Hammacher und Höfde, welche ihm vorgeworfen hätten, den Engländern Material zu den Handelsverträgen zu liefern. Die freilich keine Presse habe in Berlin über die Schiffsreise zuerst die Aufmerksamkeit der Engländer auf die deutschen Schiffsreise gelenkt. (Bei Schluß des Blattes spricht der Redner weiter.)

(Auszuglicher Bericht in der Parlaments-Ausgabe.)

Telegramme des Berliner Tageblatts.

Paris, 3. März. (M. T. W.) Gemeline Wäiter erklären, die Regierung habe den General Mercier durch seine Kriegsernennung zum Mitglied des Senats für die Kriegsernennung eines Mannes, welcher in der Hinsicht auf die Affäre Dreyfus von doppelter Bedeutung sei. Die „Aurore“ behauptet, die Presse des Generalstabes beschränke jetzt den Untersuchungsrichter Verluin mit ihrer Feindschaft, weil er habe stillstellen wollen, ob jüdischen dem Geheimpolitiken Souffrant und dem Obersten du Paty de Clam Einvernehmen geherichtet habe, hinsichtlich der an dem Obersten Piquart geschickten falschen Telegramme.

XX Baden, 3. März. (Privat-Telegramm.) Der Bergmann, welcher die Schlagetterexplosion auf der Maria-Grube veranlaßt hatte und geflohen war, ist verhaftet worden.

Wien, 3. März. (Privat-Telegramm.) Im Hofenberger Wit der Wäiter ist ein Fährten infolge Sturms getrennt. Die Fährer Freitag und Solthagen erkrankten. Ihr Gefährte Schröder wurde halberstarrt durch Zornepfer Fährer getret.

Wien, 3. März. (Privat-Telegramm.) Im Hofenberger Wit der Wäiter ist ein Fährten infolge Sturms getrennt. Die Fährer Freitag und Solthagen erkrankten. Ihr Gefährte Schröder wurde halberstarrt durch Zornepfer Fährer getret.

Wien, 3. März. (Privat-Telegramm.) Im Hofenberger Wit der Wäiter ist ein Fährten infolge Sturms getrennt. Die Fährer Freitag und Solthagen erkrankten. Ihr Gefährte Schröder wurde halberstarrt durch Zornepfer Fährer getret.

Wien, 3. März. (Privat-Telegramm.) Im Hofenberger Wit der Wäiter ist ein Fährten infolge Sturms getrennt. Die Fährer Freitag und Solthagen erkrankten. Ihr Gefährte Schröder wurde halberstarrt durch Zornepfer Fährer getret.

Wien, 3. März. (Privat-Telegramm.) Im Hofenberger Wit der Wäiter ist ein Fährten infolge Sturms getrennt. Die Fährer Freitag und Solthagen erkrankten. Ihr Gefährte Schröder wurde halberstarrt durch Zornepfer Fährer getret.

Wien, 3. März. (Privat-Telegramm.) Im Hofenberger Wit der Wäiter ist ein Fährten infolge Sturms getrennt. Die Fährer Freitag und Solthagen erkrankten. Ihr Gefährte Schröder wurde halberstarrt durch Zornepfer Fährer getret.

Wien, 3. März. (Privat-Telegramm.) Im Hofenberger Wit der Wäiter ist ein Fährten infolge Sturms getrennt. Die Fährer Freitag und Solthagen erkrankten. Ihr Gefährte Schröder wurde halberstarrt durch Zornepfer Fährer getret.

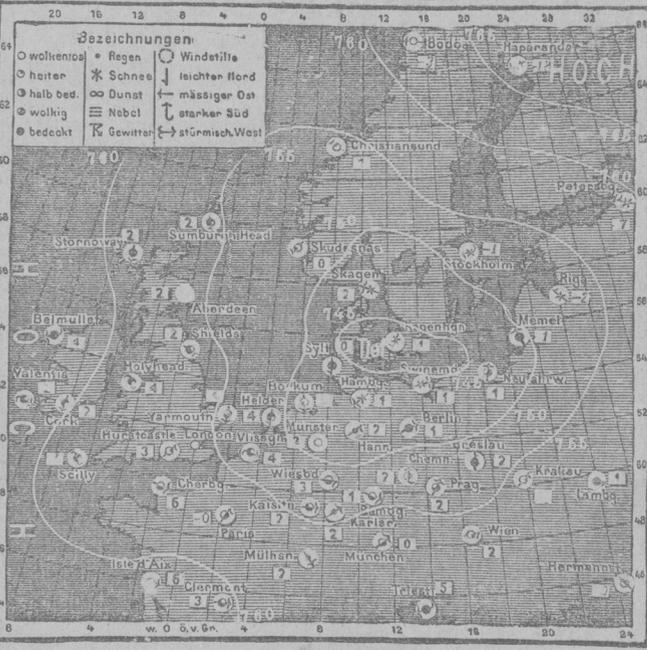
Wien, 3. März. (Privat-Telegramm.) Im Hofenberger Wit der Wäiter ist ein Fährten infolge Sturms getrennt. Die Fährer Freitag und Solthagen erkrankten. Ihr Gefährte Schröder wurde halberstarrt durch Zornepfer Fährer getret.

Wien, 3. März. (Privat-Telegramm.) Im Hofenberger Wit der Wäiter ist ein Fährten infolge Sturms getrennt. Die Fährer Freitag und Solthagen erkrankten. Ihr Gefährte Schröder wurde halberstarrt durch Zornepfer Fährer getret.

Wien, 3. März. (Privat-Telegramm.) Im Hofenberger Wit der Wäiter ist ein Fährten infolge Sturms getrennt. Die Fährer Freitag und Solthagen erkrankten. Ihr Gefährte Schröder wurde halberstarrt durch Zornepfer Fährer getret.

Wien, 3. März. (Privat-Telegramm.) Im Hofenberger Wit der Wäiter ist ein Fährten infolge Sturms getrennt. Die Fährer Freitag und Solthagen erkrankten. Ihr Gefährte Schröder wurde halberstarrt durch Zornepfer Fährer getret.

Wien, 3. März. (Privat-Telegramm.) Im Hofenberger Wit der Wäiter ist ein Fährten infolge Sturms getrennt. Die Fährer Freitag und Solthagen erkrankten. Ihr Gefährte Schröder wurde halberstarrt durch Zornepfer Fährer getret.



Wetterkarte vom 3. März 1898, 8 Uhr Morgens.

Entworfen nach den meteorologischen Beobachtungen der Reichsanstalt für die Deutschen Seewarte. Die Karte zeigt die Wetterverhältnisse in Europa, Asien und Afrika. Die Städte sind mit ihren Wetterbedingungen beschriftet. Die Karte ist in Gradnetz gezeichnet.

Uebersicht der Witterung. Das Minimum, das gestern am Spandauer See, ist im Nordwesten nach der Erfahrung fortgeschritten. Am dem ganzen Gebiet ist die Luftverteilung gleichmäßig und daher die Lufttemperatur in der Höhe nicht sehr abnehmend. Bei ungenügender normaler Niederschlagsmenge ist das Wetter in Deutschland ansonsten leicht und warm, weil in der Höhe der Luftdruck nicht sehr abnehmend ist. Die Witterung wird mit etwas höherer Temperatur demnach wahrscheinlich.

Wetterprognose für den 4. März 1898. Günstig heißt, vorwiegend leicht mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.

Witterungsbeobachtungen in Berlin. Beobachtungen d. Landwirtsch. Hochschule.

Wetter	Temperatur	Wind	Niederschlag	Luftfeuchtigkeit	Wolken
2. März	7.9	1.8	0.0	82	10
3. März	7.9	1.8	0.0	82	10
4. März	7.9	1.8	0.0	82	10

Handels-Beitung des Berliner Tageblatts.

Nummer 113.

Berlin, Donnerstag, 3. März 1898.

Beiblatt.

Industrie und Handel.

Deutsches Kapital im Auslande. In der Denkschrift über „Die Seinerzeit des deutschen Reiches“ hat das Reichsministerium behufs Begründung der Flottenvermehrung eine Zusammenstellung über dasjenige deutsche Kapital, das nunmehr im Auslande angelegt ist, gegeben. Diese Zusammenstellung war bisher in solcher Vollständigkeit noch nicht vorhanden. Allerdings im Auslande finden sich Deutsche angesiedelt und darunter in nicht geringer Zahl solche, welche deutsche Interessen vertreten, deutsche Kaufleute, deutsche Agenturen, Niederlassungen und Faktoreien. Letztere auch ausserhalb der deutschen Kolonien und anderer Zahl, wie auf Konakre gegenüber Sonegabien, an der Goldküste bei Accra, an der Sklavenküste, in Porto Seguro, in Lagos u. s. w., ferner in Sansibar, Mozambique u. s. w.; in Australien auf Samoa, Jaluit, im deutschen Schutzgebiet und Tahiti; in Asien auf Sumatra. Weiterhin haben sich die Plantagenbesitzer, namentlich in Mittelamerika, Westindien und den Ländern der südlichen Goldküste, neuerdings zu der erheblichsten Wichtigkeit aufgeschwungen. In Guatemala und Honduras, in Mexiko und auf einer Anzahl von Inseln, so auf St. Domingo, Kuba, Porto Rico, Trinidad und in Venezuela sind, von deutschen Unternehmern und deutschem Kapital an der Gewinnung von tropischen Agrikulturprodukten erheblich und in steigendem Masse theilhaftig. In ganz Mittel- und Südamerika u. s. w. haben die Deutschen wichtige Handelsniederlassungen mit gewaltigen, oft viele Millionen repräsentierenden Waarenlagern. Grosse Geschäftshäuser finden sich in ganz Afrika, in Ostasien von Wladiwostok bis nach Singapore und auf zahlreichen Inseln. Bekanntlich sind auch mehrere deutsche Banken im Auslande errichtet worden, und zwar die Brasilianische Bank für Deutschland mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark (Rio de Janeiro, Sao Paulo, Santos), die Deutsche Ueberseeische Bank mit einem Aktienkapital von 20 Millionen Mark (Filialen in Buenos Aires und Valparaiso), die Deutsch-Asiatische Bank mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark (Sitz: Shanghai, Zweigniederlassungen in Tientsin und Kalkutta), die Bank für Chile und Deutschland mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark (Valparaiso). Ferner hat sich in den letzten Jahren deutsches Kapital unter Führung der Hochbahn auch an industriellen Unternehmungen unmittelbar theilhaftig. So wurde mit deutschem Kapital die Eisenbahn Keneb-Assuan, Aktienkapital 100.000 Pfund Sterling, Obligationen 300.000 Pfund Sterling, gebaut. Von 11 Mill. Gulden Aktien und 63 Mill. Gulden Obligationen der „Niederländische Zuid-Afrikaansche Spoorweg-Maatschappij“ befindet sich ein erheblicher Theil in Deutschland. Die deutschen Kapitalanlagen in nordamerikanischen Eisenbahnen werden auf 100 Millionen Dollars angegeben. An der brasilianischen Eisenbahn Oeste de Minas, Aktienkapital 62 Mill. Mark, Anleihe 22.500.000 Mark, ist Deutschland erheblich interessirt. Das Kapital von 36.730.000 Mark, Anleihe von 3.000.000 Mark und zwei Serien von je 65,28 Mill. Mark der antiochischen Eisenbahn sind grösstentheils im Lande. Durch die Bank für orientalische Eisenbahnen in Zürich ist Deutschland erheblich an dem türkischen (sogenannten Hirschen) Bahnsystem theilhaftig; Aktienkapital 50 Millionen, Obligationen 50 Millionen Fres. Besitz 2734 Millionen Werthe; die Hälfte soll in Deutschland befindlich sein. An den 20 Millionen Fres. der Eisenbahn Saloniki-Monastir ist ein deutsches Unternehmen interessirt und am Gran Ferrocarril de Venezuela überwiegt der Kapital von etwa 50 bis 60 Millionen. Nach der Aufzählung der Denkschrift des Reichsministeriums haben sich ausserdem in den amerikanischen Ländern die Deutschen mehr und mehr der Einrichtung von Fabriken zugewandt: Bierbrauereien, Hutfabriken, Papierfabriken, Gerbereien, Seifensiedereien, Lichtzeherien, Färbereien, Spinnereien, Webereien, Mineralwasserfabriken, Eisen- und Maschinenfabriken, Dynamitfabriken etc. sind mit deutschem Kapital und vielfach auch deutschem Material eingerichtet: an der Liebig-Kompagnie in den chilenischen Salpeterminen, sowie an den chilenischen und peruanischen Metallgruben, die in den Südafrikas etc. nimmt deutsches Kapital einen nicht unerheblichen Antheil. In der Denkschrift des Reichsministeriums finden sich auch einige Angaben über die Höhe des unmittelbar angelegten deutschen Kapitals für einige Länder. Nach sachverständigen Schätzungen sollen in Guatemala 140 Millionen Mark deutschen Kapitals an der Arbeit sein, davon 70 Millionen in Anlagen; in Mexiko 183,6 Millionen Dollars; in Venezuela 200 Millionen; in Brasilien nicht unter 600 Millionen Mark, vielfach in Industrie und grossen Landbesitz angelegt; Chile wird mit 100 Millionen angesetzt, darunter 28 Millionen Mark in Salpeterminen; die deutschen Kapitalanlagen in Afrika kann man mit 100 Millionen Mark ansetzen. Das giebt für wenige Länder zusammen bereits über 1 1/2 Milliarden Mark. Der Gesammtbetrag des deutschen Kapitals, das in ausländischen Werthen oder unmittelbar in ausländischen Unternehmungen angelegt ist, beläuft sich auf mehrere Milliarden.

Der russische Finanzminister bestätigte, wie uns aus Petersburg geschrieben wird, die Statuten einer Aktiengesellschaft unter der Firma „Russische Aktiengesellschaft Cellulosefabrik“ in Wladiwostok. Die Statuten sind: Kommerzienrath Dr. Karl Klemm, Kommerzienrath Karl Haas, Dr. Karl Ladenberg, Dr. Adolf Klemm, Ernst Lemmert. Das Grundkapital beträgt 3 Millionen Rubel. Die Aktiengesellschaft errichtet Fabriken zur Herstellung von Cellulosefabriken in Perna und in anderen Orten des Reichs.

Spiritusverwertungsgenossenschaften. Kürzlich fand hier eine Versammlung der Vorstände der bisher begründeten Spiritusverwertungsgenossenschaften statt. An dieser Sitzung nahmen zahlreiche Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder folgender Genossenschaften Theil: Westpreussische Spiritusverwertungsgenossenschaft, Ostpreussische Spiritusverwertungsgenossenschaft, Pommersche Spiritusverwertungsgenossenschaft, Brandenburgische Spiritusverwertungsgenossenschaft, Spiritusverwertungsgenossenschaft für die Provinz Posen, Schlesische Spiritusverwertungsgenossenschaft, Spiritusverwertungsgenossenschaft der Provinz Sachsen und angrenzenden Staaten; ausserdem war auch mit Rücksicht auf die dort demnächst voraussichtlich bestehende Gründung einer gleichen Genossenschaft für das Königreich Sachsen dieser Bezirk vertreten.

Die anwesenden Vertreter der Genossenschaften erkannten, nach der Zeitfrist der Spiritusvertheilung, die Beschaffenheit der durch sie vertretenen Genossenschaften prinzipiell an, dass die Schaffung einer Centralgenossenschaft angestrebt werde, welche die im Interesse der Einzelgenossenschaften liegenden Fragen zu bearbeiten und zu behandeln hätte; es würde sich hierbei namentlich handeln um gemeinsame Kreditschaffung, wobei natürlich die Selbstständigkeit der einzelnen Genossenschaften in der Vorschussbewilligung an ihre Mitglieder nicht berührt würde. Eingehaltene Gutachten lassen es an sich abgesehen, dass unter Wahrung bestimmter Vertragsformen es möglich sein werde, den Genossen gegen rechtlich bindende Ueberweisung der ihnen auf ihr Kontingent zukommenden Berechtigungscheine an die Genossenschaft zu Beginn des Betriebsjahres dort, wo es erforderlich ist, einen Vorschuss in ungefähiger Höhe der halben Kontingente zu gewähren. Die weitere Ausarbeitung der Angelegenheit wurde einem Ausschuss überlassen.

Das Ehrenrecht der Berliner Börse besteht zur Zeit aus fünf ordentlichen und drei stellvertretenden Mitgliedern. Die Letzteren sind in der Börsenordnung nicht aus-

drücklich vorgesehen, der Minister für Handel und Gewerbe hat sich aber im April vorigen Jahres mit ihrer Bestellung ohne formelle Ergänzung der Börsenordnung einverstanden erklärt, nachdem die Aeltesten ihm das Bedürfniss dargelegt hatten. Nunmehr hat sich die Bestellung zweier weiterer Stellvertreter nöthig gezeigt, beispielsweise für den kürzlich vorgekommenen Fall, dass ein Verfahren von der Berufungskammer an die erste Instanz zurückverwiesen wird und der Angeschuldigte nur diejenigen Mitglieder des Ehrenrechtes, die an dessen früherem Beschluss mitgewirkt haben, als befangen ablehnt. Die Aeltesten beschlossen daher, den Handelsminister zu ersuchen, die Wahl von zusammen fünf stellvertretenden Mitgliedern des hiesigen Börsengerichtes zu gestatten.

Amerikanische Incandescent Petroleum Light Company. Diese bereits kürzlich erwähnte Gesellschaft hat sich nunmehr konstituiert. Dem Aufsichtsrath gehört auch ein Vertreter der Deutschen Petroleum-Glählichtgesellschaft an. Zwecks Ausbeutung des Patents hat sich die amerikanische Gesellschaft mit den Firmen Simmons Hartware Co. in St. Louis und Meriden Bronze Co. in Meriden bei New York verbunden. An der Incandescent Petroleum Light Co. deren Grundkapital aus 3 Millionen Doll. Aktien und 100.000 Doll. Vorzugsaktien besteht, ist die Deutsche Petroleum-Glählichtgesellschaft mit 350.000 Doll. theilhaftig. Diese Beteiligungsbescheinigung der Beschäftigten der Petroleum-Glählichtgesellschaft ist an die International Petroleum-Glählichtgesellschaft übergegangen, wogegen erstere bekanntlich 360.000 M. Aktien der Internationalen Gesellschaft erhält.

Export.

Der Damenmäntel-Export nach Canada. Die Kommission der Berliner Damen- und Kindermäntelfabrikannten hat eine Petition an den Reichskanzler beschlossen, in der darauf hingewiesen wird, dass die Beendigung des Meistbegünstigungsvertrages zwischen Deutschland und England den Export der deutschen Konfektionsindustrie auf das Empfindlichste bedroht. Es ist die Gefahr vorhanden, von dem Wettbewerb nach Kanada ganz ausgeschlossen zu werden. Die gesammte deutsche Ausfuhr nach Kanada betrug zwar nur 16 1/2 Millionen für 1896, doch muss ein besonderes Gewicht darauf gelegt werden, dass der Verlust dieses Absatzgebietes für die deutsche Industrie tief und sich andurch um so empfindlicher schädigen würde. Unter den 16 1/2 Millionen ist die Zuckerindustrie mit 3 Millionen und die Damenmäntelkonfektion und zwar ausschliesslich die Berliner Industrie mit 3 1/2 Millionen Mark theilhaftig. In dieser letzteren Summe sind aber nicht einmal die über England exportirten Waaren enthalten, deren Werth man wohl gering mit noch 3 1/2 Millionen schätzen muss. Uebrigens würde das Aufheben der Meistbegünstigung Deutschlands in Kanada die Textilindustrien in Berlin, Krefeld, Aachen, Eupen und vielen anderen Orten, die für den Export arbeiten, sehr schädigen. Die Kommission bittet den Reichskanzler deshalb bei dem Abschluss eines Handelsvertrages mit England dahin zu wirken, dass Deutschland auch in Zukunft das Meistbegünstigungsrecht in den englischen Kolonien gewahrt bleibe.

Geldmarkt und Banken.

Peters & Co. in Krefeld. Dem Geschäftsbericht der Bank ist zu entnehmen: Das abgelaufene Geschäftsjahr war ein recht ersprießliches. Der Schwerpunkt des Geschäfts liegt vornehmlich in den Beziehungen des Bankhauses zum Handel unseres gewerblichen niederrheinischen Bezirkes. In theilweiser Ausführung des Beschlusses vom 15. März 1897, unsern Gesellschaftskapital von 6.000.000 M. auf 10.000.000 M. zu erhöhen, sind zunächst im Monat März 1897 3.000.000 M. Gesellschaftsantheile zur Ausgabe gelangt, während wir beabsichtigen, die an 10.000.000 M. fehlende 1.000.000 M. Ende März dieses Jahres auszugeben. Die Zweignstellen in Duisburg, Rheyd und Ruhrort erheben sich in zufriedenstellender Weise. Die Gewinnanschläge auf einen Seiten des Hauptbuches betragen 643.744,100 M. gegen 457.570,900 M. Der Rohgewinn betrug 1.294.800 M. gegen 1896 722.000 M., mithin mehr in 1897 572.800 M. Nach Abzug der Handlungskosten, Steuern bei den vier Geschäften in Krefeld, Duisburg, Rheyd, Ruhrort im Gesammtbetrage von 258.882 M. verbleibt auf Gewinn- und Verlustrechnung ein Gewinn von 1.035.900 M. Nach Rückstellung einer Summe in die Rücklage für laufende Rechnungen von 87.801 M. werden 7/8 pCt. Dividende vertheilt, fernerhin die Gewinnantheile an die persönlich haftenden Gesellschafter und die Tantieme an den Aufsichtsrath mit 143.275 M. gezahlt und zu einer Gewinnrücklage 100.000 M. benutzt.

Schwarzburgische Hypothekbank. Die am 1. April 1898 fälligen Coupons der 4proz. Pfandbriefe werden vom 14. d. M. ab eingelöst.

Die Regio-Loose werden, wie wir erfahren, infolge der Zahlungseinstellung der Stadt Regio vorläufig nicht bezahlt.

FIRMEN-REGISTER.

G.-R. No. 7560. Firma Frank u. Gerspacher vorm. Jenisch u. Sohn Liquidation ist beendet. Ueber die Vollmacht des Liquidators erloschen. — **G.-R. No. 6509.** Firma L. Berger, Collanin Co. Die Zweigniederlassung in Kiel ist aufgegeben. — **G.-R. No. 17751.** Firma Schmal u. Sohn. Gesellschafter sind die Kaufleute Samuel Schmal und Max Schmal, beide zu Berlin. Die Gesellschaft hat am Februar 1898 beendet. — **G.-R. No. 10292.** Firma A. Silberstein u. Co. Die Gesellschaft ist durch gegenseitige Uebernahme aufgelöst. — **F.-R. No. 30483.** Firma A. Silberstein u. Co. Inhaber ist der Kaufmann Adolf Silberstein zu Berlin. — **G.-R. No. 17762.** Firma A. Wessendorf. Gesellschafter sind die Wittwe Anna Wessendorf geb. Seeger und der Kaufmann Otto Seeger, beide zu Berlin. Die Gesellschaft hat am 13. Juli 1897 begonnen. — **F.-R. No. 30450.** Firma Apotheke zum rothen Adler, Gustav Hirschfeldt. Inhaber ist der Apotheker Gustav Hirschfeldt zu Berlin. — **F.-R. No. 30451.** Firma Moritz Kleber. Inhaber ist der Kaufmann Moritz Kleber zu Berlin. — **F.-R. No. 30452.** Firma Carl Bencke Weinhandlung Hotel Bayerischer Hof. Inhaber ist der Kaufmann Carl Bencke zu Berlin. — **F.-R. No. 11470.** Firma Arons u. Walter. Dem Carl Arnhalt zu Berlin ist Einzelprokura erteilt. Die Prokura derselben ist gelöscht. — **G.-R. No. 10293.** Firma J. Stern Sohn. — **Louis Jacobsohn. — E. Niemczik.**

Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. **G.-R. No. 16933.** Firma „Saxonia“, Braunkohlenwerke u. Triebwerke in Zwickau, vormals O. L. Das Grundkapital ist nunmehr um 100.000 M. erhöht und beträgt dasselbe nunmehr 600.000 M. § 5 des Gesellschaftsvertrages ist geändert. — **G.-R. No. 10972.** Firma Gesellschaft Urania. Das Grundkapital ist nunmehr um 100.000 M. erhöht, dasselbe beträgt jetzt 600.000 M. Albert Faust ist aus dem Vorstande ausgeschieden. Der Rentier Val. Weisbach und der Geheime Regierungsrath Professor Dr. Wilhelm Förster sind zwar im Vorstande verblieben, beideren aber nicht mehr das Amt des Direktors, beziehungsweise stellvertretenden Direktors. Der Dr. phil. Paul Spies zu Charlottenburg ist Mitglied (Direktor) des Vorstandes, der Rentier Fr. Görke zu Berlin ist Mitglied des Vorstandes (stellvertretender Direktor) geworden. — **G.-R. No. 14963.** Firma Internationale Gasglühlichtgesellschaft mit beschränkter Haftung. Die Vollmacht des Liquidators Dir. Heinrich Kray ist beendet.

KONKURRENZ UND ZAHLUNGSSTOCKUNGEN.

Berlin, 3. März. Konkurs ist eröffnet über das Vermögen d. des Restaurateurs Georg Olesliger (geb. nicht Rudolph) hier, Rathenowerstrasse 2. Verwalter ist der Kaufmann Brückmeyer, Claudiusstr. 3, Anmeldefrist 2 April. Termin 23. März d. J. In dem Konkurs über das Vermögen d. des Kaufmanns Adolf Story soll die Ausschüttung der Masse durch den Verwalter Dietz erfolgen

Die zu berücksichtigenden Forderungen betragen 155.721 M. der Massebestand 12.099 M. 2. G. Henseleit und 3. Aug. Lehnert soll die Schlussvertheilung der Masse durch den Verwalter Fischer erfolgen. Ad. 2. Henseleit betragen 492 M. an der Masse. An der Masse sind 12.099 M. an der Masse vorhanden, und 3. Aug. Lehnert 1231 M. auf 7242 M. festgestellte Forderungen zur Vertheilung. Ad. 1. 2 und 3 erhalten die Gläubiger über Zahlungsstempel und Prozentsatz noch besondere Mittheilungen.

SUBSTANTIONEN.

Beim königlichen Antiquar in Berlin. Zur Versteigerung stand das Grundstück des Maurermeisters Karl Kelm in der Lortzingstrasse 29 mit 4900 M. Nutzungswerth. Das Verfahren wurde aufgegeben. Ferner das Grundstück Langestr. 88/89 mit 14.900 M. Nutzungswerth. Meistbietend blieb der subhastrierte Lehnert, Friedrichstrasse 131. Der Zuschlag erfolgt am 7. März, 11 Uhr.

WAAREN-MARKT.

Getreide.

Danzig, 2. März. Weizen inländischer hochwundt und weiss 732-750 Gr. 188 M. 48 Gr. 187 M. Sommerweizen 729 Gr. 190 M. bez. — Roggen niedriger, inländischer 708-723 Gr. 181 M. 696 Gr. 150 M. 705 Gr. 130 M. vom Boden 694 und 702 Gr. 129 M. 714-723 Gr. 130 M. bez.

Wicken russische Buller 110 M. bez.

Antwerpen, 2. März. Kartoffeln 2 Arten für den Konsum reichlich zugeführt; weisse 1,80-1,90 M., rote 2-2,10 M. p. ct.

Hamburg, 2. März. Weizen. Die Offerten in Kansas II. und III. sind gänzlich ausser Rendiment und wird nur hin und wieder La Plata auf diesem Markt abbländelt. Etwas mehr Beachtung als bisher begegnet Roggen, und es ist hauptsächlich sibirische Waare, die beliebt, aber knapp angeboten ist. Für Mais sind die Forderungen von Nordamerika wesentlich erhöht. Von La Plata fehlen Offerten. — **Gerste** abnehmend knapp. Hafer von Amerika höher gehalten. Inländischer Mehl mehr besocht.

O. Petersburg, 1. März. (Originalbericht.) Von heute ab hat das Finanzministerium die Ausfuhrprämie für Mülleerzeugnisse auf das Doppelte des bisherigen Betrages erhöht. Von diesem Termin ab werden demnach den Exporteuren für die Ausfuhr von Mülleerzeugnissen nach dem Auslande, nach Pommern und Wladiwostok 20 pCt. gegen bisherige 10 pCt. der gezahlten Eisenbahnfrachten vergütet werden. Für dasjenige Getreide, welches per Bahn an die Grenzen und in die Hafenstädte gebracht wird, um dasselbst für den Export in Mehl oder in Getreide zu verwenden, ist eine gleiche Erhöhung der Ausfuhrprämie festgesetzt. Es lagern zur Zeit in Russland sehr grosse Mehlvorräthe.

Newyork, 2. März. Das Fachblatt „Bradstreet“ schätzt die Getreideernte in den 1000 Stapeplätzen im Osten der Felsengebirge (einschließlich der Vorräthe in den nordwestlichen Elevatoren) auf 45.522.000 Bushels Weizen und 52.457.000 Bushels Mais gegen 48.248.000 Bushels Weizen und 51.845.000 Bushels Mais in der vorhergehenden Woche.

Spiritus.

Danzig, 2. März. Spiritus unverändert. 50er 62,25 M. bez., 70er 42,50 M. bez.

Antwerpen, 2. März. Spiritus besser. Zufuhr 150.000 Liter. 70er 42,50 M. 41,90 M. 41,80 M. 41,80 M. Gd., pro Frühjahr 43,00 M. Br. 41,80 M. Gd., pro Mai 43,50 M. Br., 41,80 M. Gd.

Zucker.

Amsterdam, 2. März. Rübenzucker stetig, per März 10 1/2 sh.

Fettwaaren und Provisoren.

London, 2. März. Leinöl, März 16 sh. 7 d., Mai-August 16 sh. 6 d. — Rüböl, raff. 24 sh. 6 d., rohes Mai-Aug. 22 sh. 6 d. — Baumwollöl raff. 15 sh. 0 d., rohes Mai-August 14 sh. 0 d. — Terpentinöl, 24 sh. 0 d.

Paris, 2. März. Baumwollöl O. Raff. 12 sh. 10 1/2 d., rohes 11 sh. 10 1/2 d., Leinöl 15 sh. 15 d., rohes Mai-August 15 sh. 4,50 d.

Liverpool, 2. März. Palmöl, Lagos 21 Lstr. 15 sh., Benin 19 Lstr. 5 sh., Bombay 19 Lstr. 10 sh.

Antwerpen, 2. März. Schmalz behauptet. März 65,50, April 65,50, Mai 67,50, Juni 68,00. Speck unverändert. Backts 68-77, Schrot mittles 74,00, Mai 75,00. Terpentinöl fest, 65,75, April-Juli 66,25, September 67,50, per Anst. 64,50.

Hamburg, 2. März. Butter. In Auktion des ostholsteinischen Meiereiverbandes wurden 123 Drittel 16-105 1/2 M., durchschnittlich 102,71 M.; 26 Drittel sind zu 99 M. verkauft.

Kolonialwaaren.

Hamburg, 2. März. (Bericht von Joswich & Co.) Kaffee. Von Brasilien lagere Feiertags halbes Mangeldepotement, nur sehr vereinzelte Kost-Frachtsorten zu letzten bis eine Fraktion höherer Forderungen vor. Der heutige Markt verkehrte in behaupteter Tendenz zu ungefähr letzten bis 1/4 Pct. höheren Preisen. Per März wurden heute weitere 2000 Stück angeordnet. Disponible Waare ruhig.

Antwerpen, 2. März. Kaffee ruhig, März 37,70, Mai 38,25, September 39,00, Dezember 39,25.

London, 1. März. Kaffee. In Versteigerung von 5159 S. gute Sorten bereitwillig für den heimischen Verbrauch zu vollen Preisen vergriffen, ansonsten wiederum williger. C. a. s. o. In Versteigerung von 10.635 sh., meist Grenada und Ceylon, war die Nachfrage unerschüssig. Feiner Grenada fest, aber andere und Ceylon weniger 1-2 sh. Trinidad willig, gering mittel bis fein 70-76 sh., Grenada gewöhnlich bis fein 68 sh. — 71 sh. — 74 sh. — 67 sh. 6 d., Ceylon erste Größe 72-78 sh. Reis stramm bei reger Nachfrage über die Hälfte angetrieben. Basse 6 sh. 3 d. Pfeffer ruhig, behauptet, schwarzer Singapore 4 1/2 d. bez. Nelken matt.

London, 2. März. Kaffee. Centralamerikaner schleppend. Santos per März 39 sh., per Mai 30 sh. 3 d. Pfeffer und Gewürznelken fester.

Häute, Felle, Leder.

Leipzig, 2. März. (Originalbericht.) Der am Montag begonnene Borstenmarkt trug ein flüchtes Gepräge. Waare war reichlich, doch fehlte es an wirklich guten Qualitäten. Die Käufer waren meist deutsche Konkurrenten; nur ein Engländer war anwesend. Grosse Kaufkraft wurde von keiner Seite bezeugt; die meisten Decken nur den notwendigsten Bedarf. In weichen Sorten wurden die guten Qualitäten von den Käufern schnell aufgenommen, während in stiffer Waare der Absatz schleppend blieb. Gute Qualitäten verzeichnete ihre seitherigen Preise zu behaupten, alles Uebrige fand nur zu sehr gedrückten Preisen Nehmer. Der Preisabschlag ist durchgängig auf 2-5 pCt. zu taxiren. Größere Partien bleiben unverkauft. — Am dritten Ofteriertag beginnt der nächste Borstenmarkt.

Manufakturwaren und Webstoffe.

Konvention der Tuchfabrikannten. In der Fortsetzung der Konvention einhellig die Zahlungsbedingungen angeregt Konvention wird auch von den Kottbusser und Spremberger Fabrikannten angenommen werden, nachdem bereits die Tuchfabrikannten in Aachen, Gladbach und Krimtschahn ihre Zustimmung hierzu erteilt haben.

C. T. Frankfurt a. O., 1. März. Die Reminiscere-Messe scheint in Tuchwaaren wieder Erwarten stärker als sonst besocht gewesen zu sein. In besseren Qualitäten haben zu festen Preisen auch mehr Verkauft, während Billiger Waare waren wenig angefahren, da die bezüglichen Fabrikannten in Forst, Spremberg u. s. w. für die Konfektion beschaftigt sind. Das Geschäft in Damenkleidstoffen war als befriedigend bezeichnet. In wollenen Chales und Tüchern angenommen werden. Billiger Waare immer weniger. Die kleinere Konfektion zeigte sich überhaupt für wollwaaren im Kauf sehr zurückhaltend, da sie infolge des milden Winters noch grosse Lager übrig behalten hat. Die sonst die Messe besuchenden Grosskonfektionäre wurden diesmal nicht bemerkt.

Antwerpen, 2. März, 12 Uhr Mittags. (Telegramm von Joh. Dan. Fuhrmann, mitgeteilt durch Joh. Dan. Fuhrmann, Berlin.) Deutscher La Platazug Kontrakt B; per November 4,10 Fres. bez., bestesigend.

Chemikalien.

Antwerpen, 2. März. Chilisalpeter ruhig. 17,20, April-Mai 17,10. **London, 2. März.** Schellack. T. N. Orange April 65 sh. — d. Kautschuk fein Para 3 sh. 11 1/2 d.

Berliner Fondsmarkt-Bericht

Berlin, 3. März. Bei im Allgemeinen lustloser Haltung...

In der zweiten Stunde war die Börse auf London schwach...

Als schwächer sind ungarische Investitionsanleihe...

Von dividendefragenden Papieren stellten sich höher...

Niedriger notierten: Dortmund-Gronau 4,70, Frankfurter...

Offizielle Kurse per ultimo von 12 bis 2 Uhr

Table with columns for various financial instruments like Sproz. gemischte Anleihen, Schweizer Unionbahn, etc.

Kurse gegen 3 Uhr. Tendenz: Still.

Table with columns for various banks and exchange rates like Kreditaktien, Lombardien, etc.

Im freien Verkehr

Table with columns for various exchange rates and market conditions like Consolidation 261,00-261,10.

Umrechnungssätze:

100 Francs = 80 M. 7 Gld. südd. Währ. = 12 M. 1 M. Banco = 1,50 M. 1 Livre Sterl. = 20 M. 1 Dollar = 4,25 M. 1 Gld. Gold St. Währ. = 2 M. 1 Gld. est. Währ. = 1,70 M. 1 Krone est. Währ. = 0,95 M. 100 Gld. holl. Währ. = 170 M. 100 Rubel Gold (alte Goldrubel) = 320 M. 100 Rubel = 216 M. 100 Lira = 80 M. 100 Lei = 80 M. 100 Pesetas = 80 M. 100 Passos = 400 M. 1 Krone = 1,25 M.

Wechsel-Kurse.

Table with columns for exchange rates of various cities like Amsterdam-Rotterdam, London, etc.

Bank-Discont.

Table with columns for bank discount rates for various locations.

Geldsorten, Banknoten und Coupons.

Table with columns for prices of various banknotes and coupons.

Deutsche Anleihen.

Table with columns for prices of various German bonds.

Looskurse.

Table with columns for prices of various lottery tickets.

Ausländische Staats- u. Papier.

Table with columns for prices of various foreign government bonds and papers.

VERKEHRS-NACHRICHTEN.

Hamburg, 2. März. Angekommene Schiffe am 1. März: Pronto, Olsen von Rosario, Alesia (PD) von New York, Lizzie (D) von Huelva, (D) von Rostock, Valentine, Olsson von Saranah, - Abgegangen am 1. März: Rhebania (D) nach Westindien, Am 2. März: Rhodos (D) nach Braila, San Nicolas (PD) nach La Plata, Guahya (PD) nach Rio Grande do Sul, Nordlynk (D) nach Philadelphia, Reichstag (RPD) nach Ost-Afrika, Belona (D) nach Hago.

Deutsche Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table with columns for prices of various German railway stocks.

Deutsche Hypothek-Pfandbriefe.

Table with columns for prices of various German mortgage bonds.

Deutsche Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.

Table with columns for prices of various German railway preference shares.

Deutsche Klein- und Strassenbahn-Aktien.

Table with columns for prices of various German small and street railway stocks.

Ausländ. Stamm-Aktien u. Stamm-Prior.

Table with columns for prices of various foreign stocks and preference shares.

Deutsche Eisenbahn-Prior.-Obligationen.

Table listing German railway priority obligations with columns for company name, amount, and price.

Schiffahrts-Aktionen.

Table listing shipping companies and their stock prices.

Schiffahrts-Obligationen.

Table listing shipping company obligations and their prices.

Bank-Aktionen.

Table listing various banks and their stock prices.

Industrie-Obligationen.

Table listing industrial companies and their obligations.

Deutsche Klein- u. Strassenbahn-Obligationen.

Table listing German small and street railway obligations.

Schiffahrts-Obligationen.

Table listing shipping company obligations.

Bank-Aktionen.

Table listing bank stocks.

Schiffahrts-Obligationen.

Table listing shipping company obligations.

Industrie-Obligationen.

Table listing industrial obligations.

Ausländische Eisenbahn-Prioritäten.

Large table listing foreign railway priority obligations from various countries.

Schiffahrts-Aktionen.

Large table listing foreign shipping company stocks.

Schiffahrts-Obligationen.

Large table listing foreign shipping company obligations.

Bank-Aktionen.

Large table listing foreign bank stocks.

Industrie-Obligationen.

Large table listing foreign industrial obligations.

Bottom text containing additional information, possibly a notice or advertisement.